

Integration

**204 Berliner
ausländischer Herkunft geben Auskunft**

***Positive Integrationsverläufe
von Migrantinnen und Migranten in Berlin***

- Ein Umfrageprojekt -

Inhaltsverzeichnis

Prolog	1
Vorwort – ARiC Berlin.....	1
Vorbemerkungen von Wolf Müller.....	2
I. Einleitung	3
II. Projektbericht	5
Zielstellung.....	5
Projekttablauf	5
Zusammenfassung einiger Informationen / Ergebnisse	6
III. Die Ergebnisse im Einzelnen	9
Einreisegrund und Aufenthaltsdauer.....	9
Familienstand und Kinder	10
Religionszugehörigkeit	11
Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsstatus	12
Auskünfte zu Bildung und Ausbildung.....	14
Erwerb der deutschen Sprache.....	15
Kontakte zu Deutschen	19
Freie Träger und Integration	21
Hobbys und Freizeitinteressen	24
Rolle der Medien.....	25
Kenntnis des deutschen Rechtssystems	26
Einfluss der Erziehung in der Familie.....	27
Beziehungen zum Herkunftsland/Land der Vorfahren und zu dessen Kultur	29
Auskünfte zum „Nutzen“	29
Wahlrecht	32
Antidiskriminierungsgesetz	34
Fühlen Sie sich wirklich gut integriert?	38
IV. Anhang	41
Anlage 1 / Herkunftsländer bzw. ethnischer Hintergrund	41
Anlage 2 / Bedingungen, die Integration behindern	43
Anlage 3 / Bedingungen, die Integration befördern.....	45

Prolog

Vorwort – ARiC Berlin

Als im Sommer 1998 die Idee zu unserer Integrationsumfrage geboren wurde, war noch nicht abzusehen, dass es in Deutschland einmal eine Zuwanderungskommission geben würde, dass es schließlich darum gehen könnte, „ein Gesetz zu machen, das in Einwanderern nicht mehr potenzielle Störer, sondern potenzielle neue Staatsbürger sieht“, wie Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 8./9. September 2001 vielleicht ein wenig zu optimistisch schrieb. Erst im Oktober 1999 hatte Otto Schily ja noch den fatalen Satz geprägt: „Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten“ und dafür Beifall von Rechtsaußen geerntet.

Anfang September 2001 wurde ein Referentenentwurf für ein Zuwanderungsgesetz vorgelegt. „Unausgegoren“ war noch das mildeste Urteil innerhalb der kritischen Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, PDS, DGB, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen.

Dann kam der 11. September. Ein perfides und blindwütig grausames Terrorverbrechen. Opfer aus über 60 Nationen, Christen, Muslime, Angehörige anderer oder keiner Religionen. Die erhoffte internationale Koalition, die politische und wirtschaftliche Maßnahmen an die erste Stelle setzen würde, um einen Ausweg aus der Hoffnungslosigkeit von Armut, Bildungsmangel, Katastrophen und Bürgerkriegen in der sogenannten dritten Welt zu finden, kam dennoch nicht zustande. Statt dessen die alte Antwort mit Krieg und Bomben sowie innenpolitisch eilig geschnürte „Anti-Terror-Pakete“ und mehr oder weniger offene Versuche, Zuwanderung und Terrorismus in einem Atemzug zu behandeln.

Angesichts dieser aktuellen Situation hat die Diskussion um die Frage des Funktionierens einer multikulturellen Gesellschaft und einer erfolgreichen oder gescheiterten Integration von Zuwanderern an gesellschaftlicher und politischer Brisanz noch zugenommen. Schon kündigen CDU/CSU an, im Wahljahr 2002 das Thema Zuwanderung zum Wahlkampfthema zu machen.

So wenig wie die politische Wetterlage vorauszusehen war, so wenig konnten wir ahnen, dass eine Anhäufung unglücklicher Konstellationen die Fertigstellung unserer kleinen Studie immer wieder verzögern und uns zwingen würde, diese reduzierte Fassung vorzulegen. Die gegebenen Umstände führten auch dazu, dass in der nunmehr vorliegenden Arbeit unterschiedliche Handschriften versammelt sind.

Wir hoffen dennoch, mit diesem Material den Anstoß für eine wissenschaftliche Studie mit einem ähnlichen Arbeitsansatz zu liefern.

***Vorbemerkungen von Wolf Müller
zur Zeit der Umfrage Ausländerbeauftragter in Berlin-Mitte***

Wenn die vorliegende Bestandsaufnahme einer Frage nachgeht, die in 40 Jahren Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland offenbar niemals wissenschaftlich untersucht wurde, nämlich wie Zuwanderern die enorme Lebensleistung gelang, sich in die Gesellschaft eines fremden Landes zu integrieren, dann wird die Zwillingsfrage dazu, was all diese Jahre versäumt worden ist, zwar automatisch mitberührt, in ihrer Gesamtheit aber nicht beantwortet.

Zunächst fällt auf, dass es ein Irrtum war anzunehmen, die staatlichen Integrationsbemühungen auf Freie Träger delegieren zu können. Dazu kommt für die Ostberliner Bezirke und somit für ein ganzes Jahrzehnt, dass durch die alleinige Arbeitsamtsförderung dieser Träger nach Kriterien, die ja in erster Linie keine inhaltlichen, sondern arbeitsmarktpolitische und soziale sind, die „Sache Integration“ fast ganz auf der Strecke blieb.

Die Tatsache, dass das Arbeitsamt als nahezu alleinige Anstalt zur Förderung von Trägern in der Ausländerarbeit fungiert, beinhaltet auch einen durchaus abwertenden Aspekt und zwar unterschiedslos in Ost- und Westberlin: Mit dem Hinteransetzen inhaltlicher Aspekte konnte die professionelle Qualität der Arbeit für Zuwanderer nicht befördert werden. Alles noch so entschlossene Qualifizierungsbestreben hochmotivierter ABM-Kräfte reichte nicht aus.

Leidet darunter auch die vorliegende Untersuchung? Gewiss. Was Soziologie, Demographie und Demoskopie angeht, sind alle, die an der Untersuchung mitgewirkt haben, Laien. Hingabe, ja Liebe und Fleiß mussten die fehlende Professionalität ersetzen. Herausgekommen ist, um ein Bild zu gebrauchen, nicht die medizinisch exakte Diagnose eines Arztes, sondern die mitfühlende Beschreibung der Situation von Nachbarn.

Bleibt zu hoffen, dass die vorgelegte Arbeit als Aufforderung verstanden wird, durch eine große wohlfinanzierte Studie bald umfassend und wissenschaftlich fundiert herauszuarbeiten, wie es um die Integration von Zuwanderern in Berlin steht. (mü)

I. Einleitung

Die Idee zum Projekt hatten die Ausländerbeauftragten von Berlin Mitte, Friedrichshain und Lichtenberg. „Ausländer“, so ihre Feststellung, werden in der Öffentlichkeit vorwiegend problematisiert. Viele reden zwar von der Notwendigkeit der Integration, aber die Auffassungen, was damit gemeint ist, gehen erheblich auseinander. Integration als eine große Leistung und Anstrengung der Zuwanderer wird zu wenig wahrgenommen.

Bislang existiert keine allgemein anerkannte Definition von „Integration“. Zum Thema Integration melden sich jedoch viele zu Wort, und wir konnten feststellen, dass nicht nur viel, sondern auch manches Richtige gesagt wird:

Integration ist ein Anspruch und eine Anstrengung, zu der es keine Alternative gibt - weder für die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft noch für die zugewanderte Minderheitsgesellschaft. Dies anzuerkennen, ist für beide Seiten Grundvoraussetzung eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

(Cornelia Schmalz-Jacobsen, MdB, August 1998, Memorandum der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen)

*Integration kann nicht Nivellierung bedeuten, sondern meint den beständigen Prozess der Selbstversicherung über die gemeinsamen Grundlagen des Zusammenlebens in einer heterogenen Gesellschaft. In diesem Sinne ist Integration ein **gesellschaftlicher Prozess**, der nicht irgendwann abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu gefördert werden muss.*

(Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Februar 2000)

*Wer in Deutschland auf Dauer bleibt, der braucht am Anfang einen verbindlichen Sprach- und **Integrationskurs**, damit er für die neue Gesellschaft vorbereitet ist und erfolgreich sein kann.... Es ist der Elan der Einwanderer, ihr Wille zum Erfolg und ihre neuen Ideen, die Einwanderung für alle Seiten so attraktiv machen. Ich gebe zu, dass sich diese Sicht in Deutschland nicht gerade aufdrängt.*

(Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin, Interview Rheinischer Merkur, 7.4.2000)

Mit unserer Umfrage sollten nun endlich jene zu Wort kommen, die Integration persönlich angeht. Deshalb an dieser Stelle gleich auch einige der spontanen Aussagen, die wir auf die Frage notierten:

Was ist für Sie Integration?

Integration - das kann man nicht beschreiben. Es ist, wie ein Mensch akzeptiert zu werden und nichts anderes. (Berliner, thailändischer Herkunft)

Integration ist, seine Ideale einzuordnen, die Gesetze zu akzeptieren und zu respektieren, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren. Witze verstehen, Gedichte aufsagen, den Herzrhythmus der Gesellschaft spüren. (Berlinerin, ugandischer Herkunft)

Arbeit, deutsche Freunde haben, gut deutsch sprechen, über deutsche Witze lachen.
(Berliner, libanesischer Herkunft)

Wenn es keine Rolle mehr spielt, woher und warum du gekommen bist, sondern nur zählt, wer du bist und was du kannst. **(Berliner, Spätaussiedler aus Kasachstan)**

Integration ist wechselseitiger Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen. Es ist, das Recht zu haben, ein genau so schlechter Mensch zu sein wie ein Deutscher ein schlechter Mensch sein kann und trotzdem nicht abgeschoben wird. **(Berliner, kroatischer Herkunft)**

Integration ist, sich hier zu Hause zu fühlen, und wenn man in seinem Heimatland ist, Sehnsucht nach Zuhause, nach Deutschland zu haben. **(Berlinerin, türkischer Herkunft)**

„Unsere“ Definition von *Integration*

*Unter **Integration** verstehen wir einen wechselseitigen Prozess, an dem einzelne Personen oder Gruppen und die sogenannte Mehrheitsgesellschaft aktiv beteiligt sind. Er umfasst politische, rechtliche, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kommunikative Aspekte.*

Sein Ziel ist die bestmögliche Gestaltung der Lebensverhältnisse von Zuwanderern unter den gesellschaftlichen Gegebenheiten in Deutschland. Dabei soll die nationale, kulturelle und religiöse Identität der Zuwanderer gewahrt bleiben.

II. Projektbericht

Zielstellung

Wir stellten uns die Aufgabe, die subjektiven Wirkungsfaktoren und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Integration von Berlinern ausländischer Herkunft zu beleuchten.

Untersucht werden sollte, ob anhand einer ausreichend großen Gruppe von Berlinern nichtdeutscher Herkunft, die ihre **Integration** im Wesentlichen **als gelungen** betrachten, Tendenzen zu erkennen sind, die sich verallgemeinern lassen und die es erlauben, Vorschläge und Empfehlungen für Politik und Verwaltungspraxis abzuleiten. Die Durchführung einer repräsentativen Umfrage lag nicht im Bereich der Möglichkeiten des Projekts.

Projektablauf

Das Projekt startete am 1. November 1998 im Rahmen einer zweijährigen Arbeitsfördermaßnahme.

Arbeitsschritte im 1. Förderjahr:

- Einarbeitung der zwei neu eingestellten Projektmitarbeiter, die keine Erfahrung in der Ausländerarbeit mitbrachten
- Erarbeitung einer („unserer“) Definition für Integration
- Entwicklung eines Fragebogens
- Suchen/Finden von Interviewpartnern
- Führung von Interviews (151)
- Erste Grob-Auswertung von 100 Interviews

Arbeitsschritte im 2. Förderjahr:

- Einarbeitung von wiederum zwei neuen Projektmitarbeitern sowohl in die Gesamtthematik als auch in das bereits vorhandene Material
- Überarbeitung der 1. Staffel der Auswertung
- Auswertung der 51 noch offenen Interviews
- Suchen/Finden von rund 50 weiteren Interviewpartnern, die möglichst ohne Hochschulabschluss und maximal 30 Jahre alt sein sollten
- Führung der Gespräche
- Datenauswertung, tabellarische Erfassung

Zum Fragebogen:

Der Fragebogen wurde im 1. Förderjahr erarbeitet und nach den ersten Probe-Interviews modifiziert. Ein Teil der ca. 50 Fragen/Antworten ging nicht in den Prozess der Auswertung ein, da diese lediglich als interviewtechnischer Leitfaden der Unterstützung der Gesprächsführung dienten.

Auswahl der Interviewpartner:

- ARiCbase-Adressdatenbank
- Vorschläge von Ausländerbeauftragten
- Vorschläge aus der Werkstatt der Kulturen
- Persönliche Kontakte
- „Schneeballeffekte“

Gesprächsorte:

- „Neutrale“ Orte
- Wohnung der/des Befragten
- Arbeitsplatz der/des Befragten
- ARiC-Büro

Der/dem Befragten wurde Anonymität zugesichert.

Die Interviews mit zunächst 151 BerlinerInnen ausländischer Herkunft fanden im Zeitraum April bis Anfang Oktober 1999 statt (1. Förderjahr).

53 weitere Interviews wurden zwischen März und Juli 2000 geführt (2. Förderjahr).

Die geplante Zusammenfassung von Ergebnissen konnte aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr realisiert werden. Bewertungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen blieben zunächst offen, da ein 3. Förderjahr den Berliner Sparmaßnahmen zum Opfer fiel.

Zusammenfassung einiger Informationen / Ergebnisse

- Befragt wurden 105 Frauen und 99 Männer
- Die 204 Befragten vertreten 69 Nationalitäten (Anlage 1)
- Die Befragten kamen aus allen (seinerzeit 23) Berliner Stadtbezirken, davon zwei Drittel (136) aus den West-, und ein Drittel (68) aus den Ostbezirken.
Zu bemerken ist, dass keine relevanten Unterschiede in den Aussagen und Erfahrungen von West- und Ostberlinern ausländischer Herkunft feststellbar sind.
- 73 Befragte (35,8 Prozent) haben einen deutschen Pass, darunter neun Spätaussiedler und 13 Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit.
- 67 Personen (32,8 Prozent) leben länger als 20 Jahre in Deutschland, 67 Personen (32,8 Prozent) elf bis 20 Jahre, 57 Personen (27,9 Prozent) fünf bis zehn Jahre und 13 Personen (6,4 Prozent) bis fünf Jahre.

➤ **Als Faktoren, die den Integrationsprozess behindern, wurden am häufigsten genannt:**

- Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Vorurteile, Ausgrenzung
 - Die Ausländergesetze in Deutschland, rechtliche Ungleichbehandlung
 - Die Mentalität der Deutschen (Verschlossenheit, Überheblichkeit)
 - Die Medienberichterstattung
 - Mangelnde Deutschkenntnisse
 - Eigene Passivität, Desinteresse für die Kultur des Landes, Arbeitsmarktsituation
- (vergl. Anlage 2)

➤ **Als Faktoren, die den Integrationsprozess fördern, wurden am häufigsten genannt:**

- Gute Deutschkenntnisse
 - Offenheit, gegenseitige Akzeptanz, Wille zur Integration von beiden Seiten
 - Integration fördernde Gesetze und Projekte
 - Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung (Arbeit, Nachbarschaft, Freizeit)
 - Erwerbstätigkeit und „normale“ Wohnverhältnisse
 - Rechtliche Gleichbehandlung
- (vergl. Anlage 3)

Für sich genommen hat das vielleicht keinen großen Neuigkeitswert. Der Wert aber besteht darin, dass es nicht Forderungen bzw. Meinungen von Politikern, von Behörden oder Einrichtungen sind, sondern Aussagen von Menschen, die das Thema persönlich angeht.

Mit einer Frage zielten wir auch auf das ganz persönliche Empfinden in Bezug auf das Integriertsein.

122 Befragte (59,8 Prozent) gaben zu Protokoll, dass sie sich hier „*wirklich gut integriert fühlen*“, während 47 (23 Prozent), also fast ein Viertel, „*nicht ganz*“ antworteten und immerhin 24 (11,8 Prozent) deutlich „*nein*“ sagten.

Wenn also Menschen, die formal alle Kriterien für Integration erfüllen, dennoch sagen, dass sie sich nicht oder nicht richtig integriert fühlen, liegt die Vermutung nahe, dass das gesellschaftliche Klima im Land dieses Gefühl erzeugt, nicht gewollt, nicht akzeptiert, nicht angenommen zu sein.

III. Die Ergebnisse im Einzelnen

Einreisegrund und Aufenthaltsdauer

<u>Einreisegründe</u>	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Familiäre Gründe:	77	37,7	54	23
Hier geboren	19	9,3	13	6
Mit Familie hierher gekommen	26	12,7	17	9
Mit einer(m) Deutschen verheiratet	17	8,3	13	4
Andere Familienzusammenführung	15	7,4	11	4
Politische Gründe:	23	11,3	7	16
Flüchtling	11	5,4	2	9
Politische Verfolgung	12	5,9	5	7
Ausbildung:	45	22,1	20	25
Berufliche Weiterbildung	7	3,4	2	5
Studium	38	18,6	18	20
Arbeit:	24	11,8	7	17
Anwerbeabkommen	9	4,4	1	8
Regierungsabkommen	2	1,0	0	2
Einladung	13	6,4	6	7
Andere Gründe:	35	17,2	17	18
Hoffnung auf bessere Lebensperspektive	5	2,5	0	5
Spätaussiedler	9	4,4	6	2
Fernweh / Abenteuerlust	8	3,9	5	3
Sonstiges	13	6,4	6	8
Gesamt	204	100	105	99

<u>Aufenthaltsdauer</u>	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Unter 5 Jahre	13	6,4	11	2
5 bis 10 Jahre	57	27,9	23	34
bis 20 Jahre	67	32,8	33	34
mehr als 20 Jahre	67	32,8	38	29
Gesamt	204	100	105	99

Familienstand und Kinder

<u>Familienstand</u>	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Ledig	50	24,5	24	26
Verheiratet	95	46,6	48	47
Geschieden	21	10,3	13	8
Getrennt lebend	16	7,8	9	7
Verwitwet	5	2,5	4	1
Lebensgemeinschaft	14	6,9	7	7
Andere Lebensform	3	1,5	0	3
Gesamt	204	100	105	99

<u>Haben Sie Kinder ?</u>	Personen	Prozent	Frauen	Männer
ja	115	56,4	58	57
nein	89	43,6	47	42
Gesamt	204	100	105	99

Anzahl der Kinder

<u>Kinder</u>	<u>Personen</u>	<u>Gesamt</u>
1	50	50
2	48	96
3	10	30
4	3	12
5	3	15
7	1	7
	<u>115</u>	<u>210</u>

Diese Zahlen widersprechen der häufig geäußerten Auffassung, dass die Geburtenrate in Zuwanderer-Familien deutlich über der in den Familien der Mehrheitsgesellschaft läge.

Religionszugehörigkeit

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Keine	93	45,6	46	47
Christentum	53	26	37	16
davon katholisch	30	14,7	18	12
protestantisch	12	5,9	11	1
orthodox	11	5,4	8	3
Islam	36	17	16	20
davon Aleviten	4	2	3	1
Hinduismus	6	2,9	3	3
Buddhismus	4	2	1	3
Judentum	2	1	0	2
andere	10	4,9	2	8
Gesamt	204	100	105	99

Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsstatus

Wohin gehöre ich?

Über die Frage, welchen Stellenwert der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft für den Integrationsprozess hat, gehen die politischen Meinungen auseinander. So werden der Einbürgerung drei Positionen zugewiesen:

- als notwendige Voraussetzung für die
- als wichtiger Schritt bei der oder
- als krönender Abschluss der Integration.

Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes am 1.1.2000 und der ihm innewohnenden Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit bei triftigen Gründen ist die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft zwar nicht verstummt, wohl aber in den Hintergrund getreten.

Bei den 204 befragten Berlinern war der gegenwärtige Stand der Staatszugehörigkeit wie folgt:

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Deutsche Staatsbürgerschaft	73	35,8	47	26
davon Aussiedler	9		7	2
andere Doppelstaatler	13		5	8
Ausländische Staatsbürgerschaft	124	60,8	56	68
darunter Doppelstaatler (ohne <u>deutsche</u> Staatsbürgerschaft)	3		0	3
ungeklärt/staatenlos	7	3,4	2	5
Gesamt	204	100	105	99

Der Aufenthaltsstatus der 131 Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft gliedert sich folgendermaßen auf:

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Aufenthaltsberechtigung	28	21,4	19	9
Unbefristete Aufenthaltserlaubnis	70	53,4	25	45
Befristete Aufenthaltserlaubnis	29	22,1	14	15
Sonstige	4	3,1	0	4
Gesamt	131	100	58	73

Zu den vier „Sonstige“ zählen eine Aufenthaltsbewilligung, eine Aufenthaltsgestattung, eine Aufenthaltsbefugnis und eine Duldung.

Diese vier Ausnahmen machen deutlich, dass Menschen, deren übrige Voraussetzungen besonders gut sind, auch mit wenig förderlichen Aufenthaltsgenehmigungen das Kunststück vollbracht haben, sich weitgehend zu integrieren.

Im Falle

der Aufenthaltsbewilligung handelt es sich um einen Doktoranden aus Afrika, der seit 12 Jahren in Deutschland lebt,

der Aufenthaltsgestattung um einen Asylbewerber ebenfalls aus Afrika, der die sieben Jahre, die sein Verfahren schon dauert, hervorragend genutzt hat, sich auf einen positiven Ausgang seines Asylbegehrens vorzubereiten,

der Aufenthaltsbefugnis um einen Mann aus dem Irak

der Duldung um einen Kriegsflüchtling aus Bosnien, der seit sechs Jahren hier lebt; ein Fall also, der zurecht als „Kettenduldung“ getadelt werden kann.

Ganz zum Mythos gerät dabei die Behauptung, die doppelte Staatsbürgerschaft würde – gewissermaßen automatisch – den Integrationsprozess erleichtern.

Die 13 Befragten, die aus eigenem Erleben zur Frage, ob dem wirklich so sei, kompetent Stellung nehmen konnten, verneinen dies überwiegend.

Von den Bejahungen werden zwei nicht näher erklärt. Zweimal werden die Reiseerleichterungen, die aus dem Doppelpass resultieren, angeführt. Da hier der Bezug zur Integration sehr weitläufig bleibt, ist die Aussage etwas missverständlich. In einem Falle ist das „ja“ falsch begründet, weil der vermeintliche Vorteil gar nichts mit dem Doppelpass zu tun hat, und nur in einem, dem folgenden Falle wird der Vorteil plausibel:

„Ja, wegen meiner Arbeit als Journalist. Da bin ich sowohl hier wie auch in der Türkei zu Hause.“

Der Rest antwortet mit „nein“ und verweist auf den Umstand, dass sich die Integration lange vor der Einbürgerung vollzogen hatte.

Die Erhebung macht deutlich, dass

1. die Bedeutung der deutschen Staatsbürgerschaft für den Integrationserfolg allgemein überschätzt wird,
2. die doppelte Staatsbürgerschaft offenbar dabei weder nutzt noch schadet,
3. besonders starke Persönlichkeiten mit ausgeprägtem Willen und guter Motivation auch unter widrigen Aufenthaltsvoraussetzungen sich zu integrieren vermögen,
4. hingegen gelungene Integration in der Regel mit einem guten oder sehr guten Aufenthaltsstatus einher geht (knapp drei Viertel der ausländischen Staatsbürger hatten einen solchen).

Wenn die Neugestaltung des Ausländerrechts, die unter anderem auf Vereinfachung durch eine deutliche Verringerung der Zahl der verschiedenen Aufenthaltstitel abzielt, die Integrationschancen verbessern will, muss sie genau das berücksichtigen. (mü)

Auskünfte zu Bildung und Ausbildung

„Man muss zeigen, dass man was drauf hat im Kopf.“

Zweifellos sind Bildung und Ausbildung entscheidende Faktoren der Lebensgestaltung eines Menschen. Folglich müssen diese Faktoren für eine zusätzliche Leistung, wie es die Integration in die Lebensverhältnisse eines anderen Landes darstellt, von entscheidender Bedeutung sein.

Die schulischen Voraussetzungen der befragten Personen:

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Gymnasium u. Vergleichbares (u.V.)	166	81,4	83	83
Realschule u. V.	17	8,3	10	7
Grundschule	1	0,5	1	0
Hauptschule u. V.	11	5,4	5	6
Gesamtschule u. V.	9	4,4	6	3
Gesamt	204	100	105	99

Dabei ist zu beachten, dass bei einem großen Teil der Befragten die Schulbildung im Herkunftsland erfolgte. Somit wurden die Stufen des bundesdeutschen Schulwesens von den Befragten selbst nur vergleichsweise herangezogen, was zu einer gewissen Unschärfe führt.

Dennoch fällt die hohe Zahl von Abitur- bzw. vergleichbaren Abschlüssen auf. Dies bestätigt den Befund, dass die befragten Berliner überdurchschnittlich gebildet und ausgebildet sind. Außerdem ist das Überwiegen weiblicher Personen auffällig, trotz unterschiedlichster Bedingungen für Frauen und Mädchen in den Herkunftsländern.

Folgende abgeschlossene oder laufende Ausbildungen wurden angegeben:

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Fach- o. Hochschule*)	136	66,7	66	70
Berufsabschluss	33	16,2	17	16
Studenten/Schüler	34	16,6	21	13
Auszubildende	1	0,5	1	0
Gesamt	204	100	105	99

*) davon haben 13 mindesten 2 Fach- bzw. Hochschulabschlüsse, 14 Befragte einen Fach- bzw. Hochschulabschluss und dazu einen Berufsabschluss.

Abgeschlossene Ausbildungen erfolgten in den Berufen:

Agronom, Amerikanist, Anthropologe, Archäologe, Architekt, Arzt, Atomphysiker, Außenhandelskaufmann, -frau, Bauingenieur, Bibliothekar, Bildhauer, Biotechnologe, Betriebswirtschaftler, Diplomingenieur, Diplompädagoge, Dirigent, Elektrotechniker, Ernährungswissenschaftler, Ethnograph, Ethnologe, Geograph, Geologe, Germanist, Hotelfachmann, -frau, Informatiker, Journalist, Jurist, Kommunikationswissenschaftler, Kunstwissenschaftler, Landvermesser, Lebensmitteltechnologe, Literaturwissenschaftler, Luft- u. Raumfahrttechniker, Mathematiker, Musiker, Philosoph, Physiker, Politologe, Psychologe, Restaurator, Romanist, Schauspieler, Slawistin, Sozialpädagoge, Soziologe, Sprachmittler, Stadtplaner, Tanzlehrer, Theaterregisseur, Theaterwissenschaftler und Umweltschützer.

Dass es nicht leicht ist, oft unter auch schwierigen materiellen Bedingungen – von den psychischen ganz zu schweigen - eine Ausbildung zu Ende zu bringen, belegen die zahlreichen Ausbildungsabbrüche. Dabei wurden folgende Berufe genannt:

Autoschlosser, Bürokaufmann, -frau, Designer, Dreher, Einzelhändler, Elektroinstallateur, Elektromechaniker, Erzieherin, Europasekretärin, Fremdsprachenkorrespondent, Friseur, Gastronom, Graphiker, Handwerksmeister, Koch, Kosmetikerin, Laborassistentin, Maschinenschlosser, Mechaniker, Schweißer, Sekretärin, Steuerfachgehilfe und Verkäuferin.

Da aber in jedem Falle die Zugangsbedingungen für diese Ausbildungsberufe erfüllt waren, repräsentieren selbst noch die Abbrecher/-innen ein hohes Bildungsniveau.

Kurz gesagt:

- Aus eigener Kraft schaffen es vor allem die gut Ausgebildeten, sich ihren Platz in der Gesellschaft zu erobern.
- Wer durchschnittliche oder gar unterdurchschnittliche Voraussetzungen in Bezug auf Bildung/Ausbildung hat, wird unter den gegenwärtigen Integrationsbedingungen nur schwerlich seinen Platz finden.
- Es liegt aber im wohlverstandenen gesamtgesellschaftlichen Interesse, niemanden zurückzulassen. Dieses Erfordernis verlangt nach einer neuen Integrationspolitik. (mü)

Erwerb der deutschen Sprache

„Man muss den Kopf drehen, um das zu erlernen...“

Wir wollten wissen, auf welchem Wege die 204 befragten Personen Deutsch gelernt haben, was ihnen dabei besonders geholfen hat und auf welche Hindernisse sie gestoßen sind.

Natürlich ist die Eigenreflexion eines durchlebten Lernprozesses unterschiedlich scharf, immer subjektiv und individuell. Dennoch lässt die Vielzahl gleicher Aussagen vorsichtige Verallgemeinerungen zu. Überdies macht das wirklich Authentische sie besonders aussagestark.

Von den 204 Befragten haben

53 Personen (26 Prozent) Deutsch durch die Vorbereitung zum und durch das Studium erworben.

Das unterstreicht die Tatsache, dass für Eliten die mindere Qualität des Aufenthaltstitels (Aufenthaltsbewilligung) relativ unbedeutend ist, für weniger Begabte trifft dies möglicherweise nicht zu.

48 Personen (23,3 Prozent) konnten schon Deutsch vor der Wohnsitznahme in der Bundesrepublik.

Das entspricht der längst bekannten Wahrheit, auf die nun auch die verschiedenen Integrationskonzepte^{*)} zurückgreifen, nämlich dass eine möglichst gute, schon im Heimatland begonnene Vorbereitung auf die Einwanderung die ideale Voraussetzung für spätere Integration ist.

31 Personen (15,2 Prozent) lernten Deutsch an Privatschulen, wobei das Arbeitsamt für zehn von ihnen die Kosten bestritten hat, die anderen 21 privat erhebliche Mittel eingesetzt haben.

Die Privatschulen, bekannt für ihre hohen Anforderungen und Effektivität, bieten sich freilich nur für sehr Begabte an, für durchschnittliche Lernende sind Tempo und Pensum schwerlich zu bewältigen. Zudem sind sie so teuer, dass in der Regel nebenher gearbeitet werden muss, sofern nicht staatliche Förderung einspringt.

26 Personen (12,8 Prozent) haben Deutsch durch den normalen Schulbesuch in Deutschland erworben. Für sieben von ihnen führte der zum Hochschulstudium.

22 Personen (10,8 Prozent) gaben an, Deutsch ohne Unterricht, autodidaktisch erlernt zu haben.

Lediglich 12 Personen (5,9 Prozent) haben Deutsch ausschließlich in der Volkshochschule gelernt, wobei weitere 14 Personen die Deutschkurse der VHS als Ausgangsstufe für weitere Bildungsschritte, etwa den Besuch von Privatschulen, Berufsausbildung oder Studium angaben.

Ein Befragter gab an, Deutsch allein durch Sprachkurse im Fernsehen erlernt zu haben.

Der von verschiedenen Freien Träger meist kostenlos oder sehr kostengünstig angebotene Deutschunterricht erscheint in den Antworten nicht. Möglicherweise sind die Angebote zu kurzfristig, zu unbeständig und hin und wieder auch nicht gut genug, da sie oft nur von bemühten Laien abgehalten werden können.

^{*)} Süßmuth-Kommission, FDP

Bei den Faktoren, die sich positiv auf den Erwerb der deutschen Sprache ausgewirkt haben, gab es viele Mehrfachnennungen.

An erster Stelle rangiert der **Kontakt zu Deutschen** und die damit verbundene Sprachpraxis. Dies ist 95 mal genannt worden. Da sich Kontakt mit Deutschen nicht nur auf die sprachlichen Fertigkeiten auswirkt, wird an anderer Stelle noch darauf Bezug genommen.

Dann folgt mit weitem Abstand, nämlich mit 20 Nennungen, **das regelmäßige Fernsehen**.

An dritter Stelle, 19 mal genannt, liegt das **Lesen** von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften. Bedenkt man, was die Befragten zum Einfluss der Medien auf den Integrationsprozess meinen, scheint es dennoch kein Widerspruch zu sein, Fernsehen und Printmedien als Lernmittel zu nutzen.

18 mal wurde die **richtige Einstellung** zum Deutschlernen genannt. Konsequenz und Beharrlichkeit wird von vielen als selbstverständlich angesehen und daher nicht extra hervorgehoben.

„Ich habe deutsch gegessen, geschlafen, bin deutsch zur Toilette gegangen. ... Mein Prinzip war: ich habe immer nur Deutsch gesprochen“, sagte ein türkischer Befragter.

Eine Georgierin findet: *„Wenn man die Sprache nicht beherrscht, ist man blind und taub.“*

Hauptstimulus für einen Musiker aus dem Benin war: *„Mein Wunsch zu kommunizieren. Ich musste kommunizieren, um Musik zu machen.“*

Erst an fünfter Stelle (17 mal) wurden die **Schule** und **gute Lehrer** genannt.

Eine türkische Befragte erinnert sich dankbar *„an zwei Deutschlehrerinnen mit privatem Förderunterricht. Wer lernen will, bekommt die Hilfe, die er braucht. Ich lebte in Zehlendorf mit ganz wenigen ausländischen Kindern, so dass ich gezwungen war, Deutsch zu können.“*

Aus dem Herkunftsland mitgebrachte **Vorkenntnisse** wurden 14 mal angeführt, was mit den Aussagen zur Erziehung in der Familie korrespondiert.

An siebenter Stelle erscheint der Einfluss **deutscher Ehepartner**.

Die **Kenntnis anderer Fremdsprachen** (einschließlich Latein) wurde 12 mal als vorteilhaft erlebt.

Neunmal gaben Elternteile an, durch ihre **Kinder** zum Deutschlernen veranlasst worden zu sein.

In vier Fällen spielte die **Liebe zur deutschen Sprache, Literatur und Kultur** eine Rolle.

Eine Journalistin türkischer Herkunft erinnert sich: *„Ich habe viel und gerne gelesen. Ich habe schon als Kind gemerkt, dass ich die Sprache beherrschen müsste, um nicht gehänselt zu werden. Ich habe schöne Sätze aus den Büchern kopiert und auswendig gelernt sowie nach Bedarf auch benutzt. So habe ich gut Deutsch gelernt, und auch heute, wenn ich für die Zeitung schreibe, bewundern meine Kollegen mein gutes Deutsch.“*

In nur vier Fällen waren sich Befragte bewusst, daß **der Staat** ihr Deutschlernen gefördert hat.

Weitere Antworten hoben **Fleiß** (3), **Intelligenz** (2), **Beherrschung der Muttersprache** (2), den **Vorteil der Jungseins** (2), **Druck durch die Eltern** (1) oder möglichst konsequentes **Vermeiden von zu viel Umgang mit Landsleuten** (1) hervor.

Eine Befragte brasilianischer Herkunft lernte Deutsch als Antwort auf den „*Druck, der einfach da ist, wenn man sich hier zurechtfinden will. Ich habe mir Videos aus der Videothek geholt und bestimmte Stellen immer wiederholt.*“

Und welche Störfaktoren wurden beim Erwerb der deutschen Sprache erlebt? Auch hier gibt es Mehrfachnennungen.

42 mal wurden der **Mangel an Kontakten zu Deutschen** und eigene Verslossenheit angeführt.

„*In der Grundschule haben wir zwei verschiedene Klassen gehabt, eine für die Deutschen und eine für die Ausländer. Wir hatten keinen Kontakt zu den Deutschen. Das war nicht gut.*“ Dies die Erfahrung einer Türkin.

Und eine portugiesische Studentin beklagt „*die Einsamkeit. Die deutschen Studenten sind sehr ernst und zurückhaltend. Ich habe Kollegen, mit denen ich schon ein halbes Jahr Seminar mache, und sie begrüßen mich noch immer nicht. Das ist zwischen den Ausländern anders.*“

Darauf folgt mit 40 Nennungen die Behinderung durch das Gefühl, **von den Deutschen abgelehnt** zu werden.

Immerhin sagen dies ja Menschen, die trotz solcher Erfahrungen, aber mit unbedingten Lernwillen diesen Störfaktor für sich auszuschalten vermochten. Gerade deren Zeugnis sollte Anlass sein, ihre Wahrnehmung sehr ernst zu nehmen und den Integrationsfaktor „Klima des Wohlwollens“ nicht zu unterschätzen.

Ein Befragter italienischer Herkunft sagte: „*Die Deutschen reden nicht mit Ausländern, und wenn, dann tun sie so, als ob man blöd wäre.*“

Eine Brasilianerin fand: „*Die Probleme, die ein Ausländer hier im Lande hat, können ihn emotional so blockieren, dass er nicht mehr fähig ist, die Sprache zu erlernen.*“

„*Die Behördenmitarbeiter in den Ämtern sprechen ganz bewusst falsch mit mir*“, sagte eine junge Türkin, die seit dem fünften Lebensjahr hier lebt und deren Deutsch untadelig ist. Sie muss es wissen.

Mangelnde Praxis, abgesondert sein im „Ghetto“ wurde 24 mal genannt, wobei eine Befragte das „Weggesperrt sein“ von Frauen aus traditionellen und pseudoreligiösen Gründen besonders hervorhebt.

Eine Türkin, inzwischen mit deutschem Pass benannte „*die soziale Umgebung und die fehlende Hilfe der Eltern. Sie haben eine andere Kultur und wollen, dass ich Türkin bleibe, sie wollen nicht, dass ich Deutsche werde.*“

22 mal wurde ein Grund genannt, der wenig triftig erscheint: der **zu starke Unterschied zwischen dem Deutschen und der jeweiligen Muttersprache**. Zwei Befragte machten sogar die Artikel „der, die, das“ dafür haftbar.

„Die Struktur der Sprache ist ganz anders als im Heimatland. Man muss den Kopf drehen, um das zu erlernen.“ Die Frau stammt aus dem Kaukasus und ist armenisch-georgischen Ursprungs.

Eigene Faulheit, Bequemlichkeit und **mangelnder Wille** wurde 20 mal als Hinderungsfaktor bezeichnet.

Ein Befragter aus Uganda bemängelt: *„Von Seiten der Gesellschaft ist nicht genügend Druck da. Es ist hier in Deutschland leicht zu leben, ohne die Sprache unbedingt zu können.“*

Einen anderen, kaum selbst zu verantwortender Grund gaben neun Befragte an: **Mangel an Zeit** und Kraft. Zu viel davon werde für die Bestreitung des Lebensunterhalts aufgebraucht.

Sieben Befragte beklagten ihr fortgeschrittenes **Alter** als Lernhemmnis, acht vermeintlich **mangelndes Sprachtalent**.

Dass die **Eltern als sprachliches Vorbild fehlten**, bedauerten drei Befragte.

Ebenfalls dreimal wurden der **Berliner Dialekt** und die Umgangssprache als hinderlich empfunden.

Ernst zu nehmen ist sicher der Verweis von drei Befragten, welche die **Didaktik des Deutschunterrichts** bemängelten.

Je einmal wurden **eigene Vorurteile** über die Deutschen und ihre Sprache, irrige Vorstellungen über eine **baldige Rückwanderung**, **mangelhafte Vorbildung** und **ungenügendes Selbstbewusstsein** angeführt. (mü.)

Kontakte zu Deutschen

„Wichtig, aber mühsam“

Von 204 Befragten unterhielten 190 gute oder sehr gute Kontakte zu Deutschen, 14 keine oder eher schlechte.

Das Bedauern über die Zurückhaltung oder das ablehnende Verhalten Deutscher veranlasste zu der Frage, ob diese Kontakte durch Eigeninitiative der Nichtdeutschen angebahnt wurden oder ob nicht doch vereinzelt auch Deutsche auf ihre Mitbürger zugegangen sind. 171 Befragte hatten die guten Beziehungen zu Deutschen selbst angebahnt, 12 hatten dies den deutschen Partnern überlassen. Bei sieben Personen entstanden die Beziehungen teils so, teils so.

Gefragt, für wie wichtig die guten bzw. sehr guten Beziehungen zu Deutschen in Hinblick auf den Integrationserfolg gehalten werden, bezeichnete die überwältigende Mehrzahl diesen Faktor als wichtig, sehr wichtig oder gar entscheidend.

Sie sind *„das Wichtigste überhaupt“*, befand ein Afghane, *„von einzigartiger Bedeutung“* für eine Bolivianerin, (es) *„baut Vorurteile ab“*, meint ein Befragter aus Ecuador oder *„schafft ein Wir-Gefühl“*, so eine Türkin.

Eine Italienerin machte die Erfahrung: *„Bei den Behörden schauen sie dich ganz anders an, wenn man sagt, man ist mit einem Deutschen verheiratet.“*

Ein Befragter aus Uganda begründete: *„Es gibt Dinge der Sprache, die man nur im Kontakt mit den Einheimischen lernen kann.“*

Und ein anderer, ebenfalls aus Uganda: *„Meine Kollegen und Kunden lieben mich, ich fühle mich gut integriert.“*

„Durch meine Freunde fühle ich mich wie zu Hause“, sagte eine Spanierin.

„Jetzt bin ich die Freundin oder Bekannte und nicht mehr primär die Ausländerin. Schließlich habe ich mir meine ethnische Gruppe nicht selber ausgesucht“, gab eine Bulgarin an.

Eine Türkin: *„Ich erfuhr Anerkennung und konnte mich deshalb gut integrieren.“*

„Als meine Kinder klein waren, ging ich in Elterngruppen. Dies war eine wichtige Stufe meiner Integration“, sagte eine Japanerin.

Ein Türke berichtete: *„Ich habe verschiedene Generationen [von Deutschen] kennengelernt und enge Kontakte gehabt. Es hat die Beziehungen zueinander transparenter gemacht.“*

Ein anderer, ebenfalls Türke: *„Sie sind ein Teil meines Lebens. Ich mache keinen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Freunden.“*

Erst auf diesem Wege erfuhr ein Spätaussiedler aus Kasachstan, *„dass die Einheimischen auch Fehler machen.“*

„Die Deutschen sind nur Menschen wie wir alle“, stellte so auch eine Vietnamesin fest.

Ein junge Frau, Kind deutsch-türkischer Eltern, hatte *„vor allem deutsche Freundinnen. Es war allerdings ein Schock, dass manche deutsche Eltern das nicht gern sahen.“*

Und eine Frau aus Algerien nützte ihre Beziehungen zu Deutschen, *„um eigene Vorurteile zu überprüfen und auch abzubauen.“*

Freilich gibt es auch kritische Aussagen:

„Wirkliche Herzlichkeit steht nicht dahinter“, finden ein Jugoslawe und ein Brite. (Gute Beziehungen sind) *„bloß schwer zu erreichen“*, so die Erfahrung einer Georgierin. Eine Frau, ebenfalls Kind deutsch-türkischer Eltern, sagte: *„Es ist mir zu stressig, mit Deutschen Freundschaft zu haben. Man muss zu viel Energie für zu wenig Ergebnis aufwenden. Deshalb bevorzuge ich heute türkische Beziehungen.“*

Eine Französin erzählte: „Am Anfang habe ich sehr gelitten, weil die Menschen hier so grob sind. Jetzt bin ich auch so geworden.“

Drei Befragte fanden solche Beziehungen unwichtig und pflegten folglich auch keine. Einer, ein Mann aus dem Irak, fand sie wiederum wichtig, hatte aber keine: „Ich möchte mit den Deutschen sprechen, mich unterhalten, sie verstehen. Aber ich fühle mich von ihnen abgelehnt. Sie wollen keinen Kontakt mit Ausländern haben.“

Einen anderen Aspekt formulierte ein Madagasse: „Ich habe keine Probleme mit den Deutschen, sondern nur mit dem Staat - wegen der Ausländergesetze.“(mü)

Freie Träger und Integration

Aus der Tatsache, dass die deutsche Innenpolitik den Begriff „Integration“ nie exakt definiert hat, ergeben sich einige Überlegungen:

1. Es liegt auf der Hand, dass die Integration von Zuwanderern nie ein ernsthaft verfolgtes Staatsziel war. Eine Entwicklung, deren Kennzeichen nicht eindeutig bestimmt sind, ein Maß, das nicht festgelegt ist, führen dazu, dass jede Bewertung dem Gefühl und subjektiver Anschauung überlassen bleibt.
2. Die an unserer Untersuchung beteiligten Mitarbeiter haben zwar ihrerseits um eine (wenigstens für die Gruppe verbindliche) Inhaltsbestimmung des Begriffs „Integration“ gerungen (s. S. 4), doch bedeutet dies nicht, dass auch die Befragten sich diese Definition zu eigen machen wollten oder konnten. Vielfach wurden nämlich einfachste Formen der Versorgung (Beratung, Hilfe bei Behörden usw.) als Integration begriffen, nur weil ohne diese Art von Versorgung ein Leben in einer fremden Gesellschaft völlig unmöglich ist. Vielfach wird eine Vermischung von Begriffen bei der Beantwortung der Frage deutlich, was auch Gefahren in sich birgt:
 - a. Integration als Ziel wird aufgegeben, wo die Versorgung funktioniert, zum Beispiel in Parallelgesellschaften, und
 - b. Mittel, die vermeintlich für Integration eingesetzt werden, werden in Wirklichkeit anderen (wenn auch wichtigen) Zwecken zugeführt, da ja die Unbestimmtheit des Begriffs „Integration“ ein Messen und Bewerten praktisch ausschließt.

Die Mehrzahl der Freien Träger leistet Versorgungsarbeit, und die muss wegen ihres Vorrangs ohne Abstriche gefördert werden.

Integrationsarbeit im eigentlichen Sinne wird überwiegend von Trägern geleistet, die sich allein dieser Aufgabe verschrieben haben, etwa Bildungsträger oder Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlungen, dazu kommen Träger, die vor allem Lobbyarbeit machen. Eine besondere und oft unterschätzte Bedeutung kommt Projekten zu, die durch Pflege von Heimatkultur und -sprache identitätsstärkend wirken und somit die in der Persönlichkeit liegenden Integrationsbedingungen verbessern.

So bemerkt eine Berlinerin türkischer Herkunft: „Der [Name des Trägers] half mir, über die Migrationssituation zu reflektieren. Politische Bewusstseinsweiterung.“ Ein Berliner aus Vietnam hebt „die Beibehaltung und Förderung der Heimatsprache“ ausdrücklich hervor und für einen Berliner aus Bosnien war „das [der Träger] der einzige Ort, wo man die eigene Würde bewahren konnte, wo man sich auch ohne Arbeitserlaubnis engagieren, eine Arbeit finden konnte, die mir selbst und anderen Flüchtlingen geholfen hat, Deutschkenntnisse und auch andere [Kenntnisse] zu sammeln.“

Die Bewahrung der Würde und ein unverletztes Bewusstsein seiner Selbst kehren als Leitmotiv immer wieder.

Wie wichtig sind für Ihren Integrationsprozess die Freien Träger gewesen?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
wichtig/sehr wichtig	51	25	24	27
nicht wichtig	153	75	81	72
Gesamt	204	100	105	99

Wenn man diese ursprünglichen Antworten um die 18 Fälle bereinigt, wo Versorgung als Integration begriffen worden ist und wo der Träger seine Wichtigkeit erhält, weil er Arbeitgeber ist bzw. war oder weil die Befragten zugleich Vorstände oder gar Initiatoren der Projekte solcher Träger sind und für die aus verständlichem Grund die Behauptung, ihr Projekt sei äußerst wichtig für Integration, in Zeiten endloser Zuwendungskürzungen von Überlebensbedeutung ist (12 Fälle), wenn man also die Übersicht um diese insgesamt 30 Antworten bereinigt, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
wichtig/sehr wichtig	21	10,3	7	14
nicht wichtig	183	89,7	98	85
Gesamt	204	100	105	99

Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland schlecht beraten ist, wenn sie von Freien Trägern erwartet, dass diese über ihren Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte und über die elementare Versorgung hinaus auch noch das schwierige Werk der Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft bewerkstelligen könnten.

Nicht genannt wurde eine Funktion, die Freie Träger in jedem Falle leisten: Sie sind der den Zuwanderern mit Sympathie und Aufmerksamkeit zugewendete Teil der Gesellschaft. Zumindest sie stehen für das Klima des Wohlwollens, das an anderen Stellen als wichtiger psychologischer Faktor für gelungene Integration vielfach genannt worden ist.

Hier noch eine Bemerkung zu einer Sonderform von Freien Trägern. Da die islamischen Religionsgemeinschaften überwiegend (noch) nicht als Körperschaften des Öffentlichen Rechts anerkannt sind, erfüllen Moscheevereine als eingetragene Vereine die Funktion einer Gemeinde, etwa wie sie sich um Kirchen gebildet haben. Mag den Befragten diese juristische Feinheit nicht bekannt oder nicht von Belang gewesen sein, durch die unmittelbar vorher gestellte Frage „Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer Gemeinde?“ wurden auch die Moscheevereine in die Untersuchung einbezogen. Sie haben starken Einfluss auf die ihnen angehörigen Gläubigen, sie können Integration sehr wohl behindern oder auch befördern.

Sind Sie Mitglied in einem(r) Verein / Gemeinde?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Ja	94	46	45	49
Nein	110	54	60	50
Gesamt	204	100	105	99

43 "Ja" sind nicht definiert. 14 / 13 gaben Sport - bzw. Heimatverein an.

10 / 6 Gewerkschaft / Partei, 8 kirchliche Einrichtungen

Verwiesen immerhin acht Befragte auf Rückhalt in Kirchengemeinden, wurde dabei den Moscheevereinen, die gewiss in den nicht näher bestimmten 43 „Ja“-Antworten mitenthalten sind, von niemandem eine positive Rolle bei der Integration zugeschrieben.

Hier müssen verstärkte Bemühungen von Politik und Verwaltung ansetzen.(mü)

Hobbys und Freizeitinteressen

Was sind Ihre Hobbys / Freizeitinteressen?

	Personen	Frauen	Männer
Lesen	99	57	42
Sport	70	30	40
Musik hören	50	20	30
Kinobesuch	40	20	20
Kunst / Kultur	28	16	12
Tanzen gehen	20	16	4
Theater / Konzerte	13	9	4
Malen	11	7	4
Basteln	10	7	3
Schreiben	8	3	5
Fahrrad fahren	8	5	3
Eigene Musik spielen	5	2	3
meine Arbeit	5	1	4
Familie	5	0	5
Singen	4	4	0
Reisen	4	3	1
Kontakte mit Menschen	4	2	2
Museum / Ausstellungen	4	2	2
Meditieren	3	2	1
Weiterbildung	3	2	1
Menschen helfen	2	0	2
Spirituelle Übungen	2	2	0
Vereinsarbeit	2	1	1
Ausgehen	2	2	0
Feiern	2	2	0
Träumen	1	0	1
Astrologie	1	0	1
Bekleidung entwerfen	1	1	0
Politik	1	0	1
Karaoke	1	1	0
Kochen	1	1	0
Schön leben	1	0	1
Fußball schauen	1	0	1
keine Hobbys	5	4	1

Rolle der Medien

„Man stellt Ausländer immer als Problem oder etwas Negatives dar.“

Für die qualitative und quantitative Ausprägung rassistischer Tendenzen, die in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu finden sind, spielen die Medien in den heutigen modernen Gesellschaften eine entscheidende Rolle. Sie bilden den Rahmen, aus dem die Individuen ihr Weltbild reproduzieren. Diese müssen keine Rassisten sein, um in rassistischen Kategorien zu denken und sich dementsprechend zu verhalten. Rassismus in den Medien ist heute kaum noch in Gestalt expliziter fremdenfeindlicher Darstellungen zu finden. Vielmehr sind es latente Formen ethnischer Stigmatisierungen, die oft nicht mehr bewusst wahrgenommen werden. Auch durch die Unterrepräsentierung von Mitarbeitern ausländischer Herkunft in den Medien, die den alltäglichen Rassismus anders erleben, sind die Möglichkeiten der Einflussnahme auf eine sensiblere Berichterstattung begrenzt.

Vor diesem Hintergrund müssen die Antworten auf die Frage, ob der Integrationsprozess von AusländerInnen durch die Medien unterstützt wird, interpretiert werden. Hier sei angemerkt, dass die Frage nach den Medien nicht differenziert wurde, das heißt, qualitative Unterschiede nicht berücksichtigt wurden. Die am häufigsten benutzten Medien sind deutsche. An erster Stelle steht das Fernsehen, gefolgt von Zeitungen und Radio. Ausländische Medien werden verhältnismäßig selten benutzt, wobei hier Zeitungen an erster Stelle stehen.

Unterstützen Ihrer Meinung nach die Medien den Integrationsprozess von Ausländern in Deutschland?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Ja	13	6,4	8	5
Nein	72	35,3	38	34
Wenig	54	26,4	30	24
Überhaupt nicht	30	15,2	15	15
Im Gegenteil	32	15,2	12	20
Ich weiß nicht	3	1,5	2	1
Gesamt	204	100	105	99

Wie aus der Tabelle ersichtlich, äußerten sich 188 der 204 Befragten negativ auf die hier gestellte Frage. In Bezug auf Nationalität, Alter oder Geschlecht lassen sich keine Zusammenhänge identifizieren. **Die deutschen Medien sind sowohl nach Meinung von EU-Bürgern, als auch nach Meinung von MigrantInnen aus anderen Herkunftsregionen rassistisch und ausländerfeindlich eingestellt.**

So konstatiert ein Berliner italienischer Herkunft „eine Art Nationalismus“ in den deutschen Medien, und ein griechischer Berliner spricht von „direkter oder indirekter Hetze gegen AusländerInnen“. Eine in Deutschland geborene Türkin bemerkt, dass sich „die Alltagspräsenz der Menschen mit ausländischer Herkunft“ nicht widerspiegelt. Eine andere hier geborene Türkin stellt fest: „Es wird vor allem Angst suggeriert, dass da etwas Bedrohliches existiert. Andere Kulturen werden nicht als Bereicherung dargestellt, sondern als etwas, von dem man sich distanziert.“

Ein Befragter aus den USA spricht den nordamerikanischen Medien zwar keine positivere Bewertung zu als den Medien hierzulande, verweist aber auf die deutsche Geschichte, „an die sie sich (die Deutschen) erinnern müssten“. Die am häufigsten geäußerte Kritik gibt der für die Überschrift gewählte Satz eines Berliners brasilianischer Herkunft wider: „Man stellt Ausländer immer als Problem oder etwas Negatives dar“ oder wie eine Berliner Türkin bemerkt, „als blöd beziehungsweise kriminell“ und „immer als Klischee“, so die Meinung einer Chilenin.

Befragte, die mit einer weniger klaren Verneinung auf die gestellte Frage antworteten, sprachen die wenigen multikulturellen Angebote der deutschen Medienlandschaft an, wie eine Berlinerin aus Uganda, die feststellt, dass es „außer dem Sender Multikulti nicht viel mehr in Deutschland gibt“. Eine positive Sicht in Bezug auf integrationsfördernde Berichterstattung der deutschen Medien haben 6,4 Prozent der Befragten. Hier bezogen sich die Antworten vor allem auf multikulturelle Angebote im Hörfunk und Fernsehen sowie auf ModeratorInnen ausländischer Herkunft, die allerdings als Ausnahmen wahrgenommen werden.

Grundsätzlich muss also festgehalten werden, dass der Integrationsprozess von AusländerInnen aus Sicht der Befragten nicht durch die Medien gefördert, sondern im Gegenteil behindert wird. Die einseitige Berichterstattung mit Tendenzen zur Problematisierung und Stigmatisierung der ausländischen Bevölkerung wird von den Betroffenen selber nicht nur als latent vorhanden wahrgenommen, wie etwa von manchen Teilen der Mehrheitsbevölkerung, sondern explizit als rassistisch und diskriminierend bezeichnet.

„Wenn man wirklich möchte, dass sich Ausländer integrieren, müsste man aufhören, sie als Ausländer zu betrachten, sondern sie als Menschen sehen“, bringt es schließlich eine polnische Berlinerin auf den Punkt.(sto.)

Kenntnis des deutschen Rechtssystems

„Plato: Ich weiß, dass ich nichts weiß.“

Glauben Sie, die deutschen Gesetze zu kennen?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
Sehr gut	20	9,8	6	14
Gut	105	51,5	55	50
Wenig	71	34,8	39	32
Überhaupt nicht	7	3,4	4	3
Sonstiges	1	0,5	1	0
Gesamt	204	100	105	99

Zweifellos sind die wirklichen Kenntnisse des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland – und nicht etwa nur des Ausländerrechts - ein Gradmesser gelungener Integration. Diese Kenntnisse aber sind kaum messbar, so dass die Antworten auf die Frage nach dem Kenntnisstand des Rechtssystems lediglich das subjektive Empfinden wiedergeben, sei es auch noch so deutlich von konkretem persönlichen Erleben gestützt.

Eine Erhebung unter „eingeborenen“ Deutschen würde hier gewiss die erstaunlichsten Defizite zu Tage fördern, auch wäre ein Ost-West-Vergleich aufschlussreich.

Jede/r Gebildete – und um solche handelt es sich bei den Befragten überwiegend – weiß auch, was sie/er alles nicht weiß. Deshalb sind sie bei der Beurteilung ihres Wissens vorsichtig. Daher ist zu vermuten, dass zu den 125 „sehr gut“ und „gut“ noch etliche aus den 71 „wenig“ zu addieren sind. Wobei selbstverständlich für alle gilt: es können immer nur die Rechtsbereiche gemeint sein, die das Leben der Befragten in irgendeiner Weise berührt haben.

Die sieben Personen, die jede Kenntnis des Rechtssystems verneinten, sind entweder hier geboren oder EU-Bürger bzw. Aussiedler. Sie glauben sich vom Rechtssystem gar nicht berührt, da es sie nicht einschränkt, und haben sich deshalb nie mit der Materie befasst, jedenfalls nicht bewusst.

Die eine unter „Sonstiges“ erfasste Antwort lautete: „*Meine Rechte kenne ich nicht. Nur meine Pflichten.*“ Was Wunder, wenn vor allem bei Behörden entgegen allen Vorschriften eine Belehrung stets nur über Pflichten, nicht aber über Rechte erfolgt.(mü)

Einfluss der Erziehung in der Familie

Hat die Erziehung in der Familie die Integration unterstützt?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
ja	168	82,4	84	84
ja/ nein	7	3,4	2	5
nein	28	13,7	18	10
weiß nicht	1	0,5	1	0
Gesamt	204	100	105	99

Erziehung, die Formierung der Persönlichkeit ist in der Regel von entscheidender Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg aller Unternehmungen, aller Bemühungen eines Menschen. Wie erklärt es sich aber dann, dass immerhin 12,7 Prozent der Befragten meinen, ohne diesen Faktor ausgekommen zu sein? Mit der gestellten Frage waren ja weniger bestimmte Vorkenntnisse wie Sprache oder Kultur gemeint als grundsätzliche Einstellungen und Qualitäten wie Selbstbewusstsein, Lernbereitschaft, Fleiß, Flexibilität sowie soziale Kompetenz wie Hilfsbereitschaft, Weltoffenheit, Respekt, Toleranz u.a.

Bei näherer Betrachtung war festzustellen, dass sich die Aussagen der 26 Personen, die die Frage verneinten, und die der sieben, die „ja“ und „nein“ geantwortet haben, in sechs Gruppen aufteilen lassen:

1. Das „Nein“ wird nicht begründet.
2. Die Unterschiedlichkeit der Nationen lasse nicht zu, dass Erziehungseinflüsse sich bei der Integration auswirken könnten (dies meinten Zuwanderer aus China, Peru, Irak und... Italien!).
3. Die Erziehung sei einfach zu schlecht gewesen, um positiven Einfluss auf irgendetwas zu nehmen (Roma und Befragte aus Uganda und Russland).

4. Die Eltern seien immer bestrebt gewesen, die Kinder durch Erziehung zur Unselbständigkeit an sich zu binden.
5. Die meisten Verneinungen kommen von türkischen Befragten, deren Familien in Berlin ansässig sind. Hier wurden geistige Enge, alleinige Fixierung auf Traditionen und mangelnde Offenheit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft genannt.
6. Am erschreckendsten ist wohl die Gruppe derer, die mit „nein“ geantwortet hat, weil sie feststellen musste, daß die Hauptwerte ihrer Erziehung unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen hierzulande eher hinderlich denn nutzbringend sind: Liebe zum Nächsten, nicht-materialistisches Denken, die Tugend, innere Werte über Äußerlichkeiten zu stellen.

Um so erstaunlicher, dass es die Befragten aller sechs Fallgruppen dennoch geschafft haben, sich gut zu integrieren. (Wobei das „Nein“ der Gruppe sechs wohl doch eher ein verdecktes „Ja“ ist.)

Dem gegenüber steht bei der Vielzahl der positiven Aussagen türkischer Befragter aus Berliner Familien einhellig der Befund, dass Großzügigkeit, Toleranz, Weltoffenheit und Einsicht der Eltern in die Gegebenheiten der Gesellschaft in Deutschland sehr gute Vorbedingungen für ihre Integration gewesen seien. Eine Vietnamesin brachte es für sich auf die Formel: *„Freie Erziehung, keine Vorurteile, kein Zwang“*.

Zu bemerken ist auch, dass sich bei den weiblichen Befragten das gleiche Bild ergibt wie bei den Männern.

In direktem Zusammenhang mit der Frage nach den Erziehungseinflüssen steht die auch gestellte Frage: Was hilft Ihnen dabei, weiterhin Sie selbst zu sein und sich gleichzeitig anzupassen?

Hier gibt es im Grunde immer nur eine Antwort, die sich lediglich in der Wortwahl unterscheidet und sich zwischen Aussagen bewegt wie *„ein gutes Selbstwertgefühl durch die Liebe, die ich von meiner Familie erfahren habe,“* und *„das Bewusstsein meiner Würde“*.

Ein gesundes Selbstwertgefühl als Voraussetzung für das Gelingen von Integration? Was heißt das für die Ämter?

Die Einstellung der deutschen Gesellschaft zu den Zuwanderern lesen diese vor allem aus dem Gebaren zweier Ämter ab, dem sie unterworfen sind: die Ausländerbehörde und (gegebenenfalls) das Sozialamt. Hier erfahren sie zuallererst, wie sich Deutschland ihnen gegenüber positioniert.

Wenn die Praxis dieser (und aller anderen) Ämter durch eine Fülle von Details das Selbstwertgefühl der Menschen ständig herabsetzt, schließlich vielleicht gar beschädigt, wird den Betroffenen Integration zusätzlich schwer, den Schwächeren unter ihnen vielleicht ganz unmöglich gemacht.

Wenn Politik und Verwaltung also Integration wirklich wollen, müssen sie veranlassen und sicherstellen, dass den Zuwanderern in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Verwaltung mit dem Respekt begegnet wird, der durch Art. 1 GG wohl vorgesehen, aber eben nicht zwingend vorgeschrieben ist.

Die Praxis ist von diesem Ideal meilenweit entfernt. (mü)

Beziehungen zum Herkunftsland/Land der Vorfahren und zu dessen Kultur

Nur sechs der 204 Befragten (2,9 Prozent) gaben an, keinen Kontakt mehr zum Herkunftsland und dessen Kultur mehr zu haben. Sie haben sich aus individuellen Gründen, nicht etwa unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, zum Abbruch der Beziehungen zu ihren Wurzeln entschieden.

Einen Zwang zur Assimilation hat keine/r der Befragten attestiert. Das ist zweifellos bemerkenswert. In diesem Zusammenhang wäre zumindest zu bedenken, dass ein Schüren von Angst vor der scheinbar unvermeidlichen Assimilation schon auf den ersten Schritten Integration eher behindert.(mü)

Auskünfte zum „Nutzen“

„Schon die Tatsache, dass ich hier lebe, ist eine Bereicherung für das Land.“

Die Frage „Denken Sie, dass Sie mit Ihrer Arbeit und Ihrem Hier sein zum Wohlergehen der Menschen und zum Reichtum des Landes beitragen“, zielte vor allem auf subjektives Empfinden. So konnten die Antworten alle Aspekte des Phänomens „Arbeit“ berühren, und auch „Reichtum des Landes“ brauchte keineswegs nur fiskalisch verstanden zu werden, wenngleich dies in den Antworten den vordersten Platz besetzt hält.

Sehr zu recht, wie die Untersuchung von Ullrich Heilemann und Hans Dietrich von Loeffelholz überzeugend belegt („Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung nach Deutschland“, herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, 1998, RWI-Papiere, Nr. 52).

Auf Seite 14 heißt es da:

„Die öffentliche Hand realisiert einen zuwanderungsbedingten Überschuss der staatlichen Einnahmen über die entsprechenden Ausgaben; damit beteiligen sich die Zuwanderer an solchen Kosten des Staates, die auch ohne ihren Zuzug und Aufenthalt anfallen würden. (Vgl. im einzelnen W. Lamberts, Wachstum und Strukturbildung bei Ausländerbeschäftigung. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F. Heft 38, Berlin 1976). Der Beitrag der Ausländer zu diesen „social overhead cost“ erscheint mit ca. 30 Mrd. DM p.a. - als Differenz der von ihnen aufgebrachten Steuern und Abgaben (100 Mrd. DM) und den in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen (70 Mrd. DM) - keineswegs als zu hoch veranschlagt.

Danach wird die deutsche Bevölkerung pro Jahr und Kopf um ca. 400 DM entlastet, was betragsmäßig in etwa dem Solidaritätszuschlag zur Einkommenssteuer entspricht.

(Vgl. H. D. von Loeffelholz und G. Köpp, Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderung nach Deutschland. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, N.F. Essen 1998, S. 95 ff.);

Allerdings stellen sich die Ergebnisse bei Einzelbetrachtung nach Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) sehr unterschiedlich dar: Es profitiert vor allem die Ebene mit einem hohen Anteil an öffentlichen Gütern, d. h. also der Bund, während bei den Ländern - und noch mehr auf Gemeindeebene - die jeweiligen Steuerzahler im Saldo durch die Immigration belastet werden. Dies

gilt insbesondere für die Ballungsgebiete, in denen sich Zuwanderer bevorzugt in den größeren Städten niederlassen. Dass die relativ hohe regionale und lokale Betroffenheit die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion wesentlich prägt, liegt auf der Hand. “

„Ja, denn ich bezahle Steuern“, fiel daher auch 115 Befragten als erstes ein. Die damit eng verbundenen Abgaben an die Sozialkassen wurden dabei nur einmal gesondert aufgeführt.

Der Beitrag, der durch Konsum im weitesten Sinne geleistet wird, ist 19 mal ohne nähere Erklärung und sechsmal explizit genannt, etwa so: *„Mein Stipendium wird in Finnland bezahlt und hier ausgegeben.“* Oder: *„Ich helfe Touristen aus meinem Heimatland, nach Deutschland zu kommen, das Land kennen zu lernen und hier Geld auszugeben.“*

Eine große Bedeutung hat für viele Befragte der Sinn und Inhalt der Arbeit:

„Indem ich mich um alte Menschen kümmere.“

„Ich betreue Jugendliche.“

„Durch meine künstlerische Tätigkeit habe ich den Menschen viel Freude gebracht.“

„Ich helfe Ausländern, sich besser zu integrieren.“

„Durch meine Arbeit und ihren Inhalt: Projekte zur Arbeitsintegration von deutschen Sozialhilfeempfängern.“

„Ich heile kranke Deutsche.“

„Durch meine Arbeit an der Uni. Ich helfe bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen.“

„Ich betreue Studenten und betreibe Zukunftsforschung für Deutschland.“

„Durch das freiwillige Jahr in der Stiftung für Naturschutz haben die deutschen Kollegen gelernt, dass auch eine Deutsche türkischer Herkunft gleiche Ideen und Vorstellungen wie sie hat. Meine türkischen Bekannten haben erfahren, dass es eine solche Einrichtung gibt und wozu sie gut ist. Meine Arbeit ist also auch integrativ.“

„Ich helfe deutschen Betrieben, erfolgreich zu sein.“

Und:

„Weil ich im Öffentlichen Dienst arbeite.“

Ein weiteres gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen die Befragten durch Vermittlung zwischen den Kulturen, dies wurde insgesamt 26 mal genannt:

„Ich helfe den Deutschen, ihre Weltanschauungen zu erweitern - durch Kunst und ein Projekt im Internet. Dieses Projekt ist meine Existenzgründung. Es ist ein Projekt über die Tendenzen der Kunst in Berlin und ihre Verknüpfung mit der Welt. Ich vermittele Berliner Kunst, da ich sechs Sprachen beherrsche und weil die Welt offen für Berlin ist. Das ist wichtig für Berlin, weil die Menschen hier noch nicht wirklich weltoffen sind, wie z. B. in Paris oder New York. Das ist fundamental für die Zukunft von Berlin, und deshalb bin ich wichtig und mein Projekt ist es auch.“

Eine besondere Form von Reichtum sahen die Befragten in ihren persönlichen Wesensmerkmalen, wobei offenbar deutlich empfunden wird, dass es in der Gesellschaft große Defizite bei der zwischenmenschlichen Kommunikation gibt:

„Durch Lebensfreude und Offenheit.“ *„Ich bringe die Menschen zum Lachen.“* *„Meine Lebenseinstellung und Stärken.“* *„Durch Kommunikation und Ideen.“*

„Ich bin von einer Kultur, wo man denkt, dass man was für die Gesellschaft unternehmen muss. Ich habe mich sehr für Flüchtlinge engagiert und ihre Interessen hier in Deutschland vertreten.“
„Durch das Weitergeben meines Wissens und meiner Erfahrungen.“
„Ich habe schon vielen Menschen geholfen, besonders deutschen, die zu mir nach Hause kamen, weil sie sich dort wohlfühlen.“
„Leute, die mich kennen, vertrauen mir sehr. Ich kann anderen Menschen helfen.“
„Durch meine Einstellung zum Leben und die Gespräche mit den Menschen.“
„Ich bin eine sympathische Person, und durch mich werden Menschen glücklich.“
„Durch Freundschaft zu anderen Menschen, denen ich auch helfe.“ (sehr oft genannt)
„Die Menschen, mit denen ich zu tun habe, sagen immer, dass es so gut tut, mit mir zu reden. Besonders meinem Ehepartner helfe ich sehr.“
„Durch Phantasie, Kreativität und Improvisationstalent.“
„Wenn ich in (m)einer Kneipe arbeite, Sorge ich dafür, dass die Menschen die Sorgen des Alltags vergessen und ihre Freiheit genießen.“

Einige wenige negative Antworten gab es auch, die hier alle angeführt werden sollen:

„Nein aber ich bin Deutschland dankbar für die Gewährung der Zuflucht aus der Türkei.“
„Nein, aber ich könnte, wenn ich eine Arbeit hätte.“
„Ich habe bis jetzt keine richtige Arbeit gefunden. Ich lebe ‚am Ufer‘.“
„Ich weiß nicht, denn die Tatsache, dass ich zwei Diplome habe, mehrsprachig bin und viele Erfahrungen habe, ist offenbar nicht gefragt, und so weiß ich, dass ich viel mehr beitragen könnte, aber nicht die Möglichkeit dazu bekomme.“

Den Nutzen für das Land aus Zuwanderung weiter zu maximieren, ist auch das Ziel der meisten ausländerpolitischen Grundsatzpapiere der Parteien (FDP, CDU, Süßmuth-Kommission, Schily-Gesetzentwurf) wobei all diese Dokumente den schon jetzt vorhandenen Nutzen hartnäckig verschweigen.

Eine ganz besondere Rolle spielt für viele Befragte die Tatsache, dass sie dem Land Kinder geschenkt haben. Dies wurde 17 mal genannt. Im Originalton:

„Für mich weiß ich es nicht so genau, aber meine Kinder sind vielleicht ein guter Beitrag.“
„Durch mein wunderbares Kind, das ich hier geboren habe.“
„Meine Kinder sind die größte Bereicherung für das Land.“
„Durch mich hat Deutschland viel gewonnen: Meine Kinder sind ein Geschenk für das Land. Sie sind klug, gut erzogen und bereit, anderen zu helfen.“

Die selbstbewusste Antwort aus der Überschrift stammt im übrigen von einem 43-jährigen Italiener, der seit 16 Jahren in Deutschland lebt.(mü)

Wahlrecht

„Es ist wie erwachsen zu sein.“

Die Frage lautete: Ist Wahlrecht ein Thema für Sie bzw. würden Sie wählen, wenn Sie das Wahlrecht hätten?

Zunächst ist anzumerken, dass nur acht Prozent der Befragten angaben, *„kein Interesse an Politik“* zu haben. Den Sinn von Wahlen bezweifeln 3,5 Prozent: *„Wenn ich die Politiker so ansehe, dann flößt mir keiner Vertrauen ein“*, meint eine Brasilianerin (35 Jahre), die seit neun Jahren in Berlin lebt, und ein 37-jähriger Mann aus Benin urteilt nach fünfjährigem hier sein: *„Alle (Politiker) sind Lügner und Diebe.“*

Der Wunsch nach politischer Partizipation ist jedoch bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten stark ausgeprägt, unabhängig davon, ob sie wählen dürfen oder nicht. Die ausgewählten Aussagen unterstreichen dies eindrucksvoll und bedürfen keiner Kommentierung:

„Weil ich seit acht Jahren hier lebe, glaube ich das Recht zu haben, wenigstens meinen Bürgermeister zu wählen. Wenn ich Steuern zahlen muss, sollte ich auch wählen dürfen.“ (Chilenin, 29, acht J. hier)

„Es ist eine Anerkennung, dass du als Ausländer in Deutschland wichtig bist. Es ist wie erwachsen zu sein.“ (Franzose, 28, vier J. hier)

„Ich lebe hier und möchte am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen.“ (Französin, 33, neun J. hier)

„Ich lebe hier, und daher möchte ich mich einmischen können.“ (Iraner, 41, 19 J. hier)

„Es ist die einzige Möglichkeit, zu Veränderungen beizutragen.“ (Türkin, 35, 28 J. hier)

„Wenn ich in diesem Lande lebe, ist es für mich wichtig. Es ist mir nicht gleichgültig, was in diesem Land geschieht.“ (Aussiedlerin/Russland, 49, zwei J. hier)

„Mindestens die Teilnahme an den Kommunalwahlen müsste erlaubt sein, um an der lokalen Politik mitzuwirken.“ (Inder, 47, 24 J. hier)

„Ich verstehe die deutsche Politik nicht, aber ich glaube, ich würde die Grünen wählen, wenn ich dürfte.“ (Brasilianer, 37, 10 J. hier)

„Ich will Einfluss nehmen auf gesellschaftliche Veränderungen.“ (Bulgare, 39, 14 J. hier)

„Wer lange hier lebt, Steuern zahlt und Pflichten hat, sollte auch das Recht haben, mit zu bestimmen.“ (Kroatin mit deutschem Pass, 31, 30 J. hier)

„Es ist für mich eine Benachteiligung, weil ich hier nicht wählen darf.“ (Kolumbianerin, 27, 19 J. hier)

„Es war einer der Gründe, weshalb ich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe.“ (Türke mit deutschem Pass, 53, 32 J. hier)

„Das wäre ein Mittel zur Integration, wenn Ausländer in diesem Land wirklich wählen könnten.“ (Uruguayer mit deutschem Pass, 56, 33 J. hier)

„Wenn ich das Recht habe, muss ich wählen. Meine Stimme ist wichtig.“ (Polin mit deutschem Pass, 50, 14 J. hier)

„Die Ausländer müssen zu lange warten, bis sie Deutsche werden und wählen dürfen. Das ist nicht in Ordnung. Und die Aussiedler, die sofort wählen dürfen, wenn sie kommen, wählen die CDU.“ (Russin mit deutschem Pass, 55, 24 J. hier)

„Es hat mit Gleichberechtigung vor dem Gesetz zu tun. Es ist Respekt vor den Ausländern seitens der Mehrheitsgesellschaft.“ (Spanier, 40, 16 J. hier)

„In der DDR durfte ich als Ausländer an Kommunalwahlen teilnehmen. Wenn ein Ausländer hier seit langer Zeit lebt, muss er das Recht haben hier zu wählen. Die Ausländer haben keine Lobby, weil sie nicht wählen dürfen.“ (Ukrainerin, 39, seit 34 J. hier)

„Ich durfte immer wählen, als Aussiedlerin, und meine Kolleginnen in der WG, die schon viel länger hier leben, durften nicht wählen. Das darf nicht sein. Wählen ist sehr wichtig.“ (Rumänin mit deutschem Pass, 31, 17 J. hier)

„Obwohl keine Partei wirklich das Volk repräsentiert, muss man wählen dürfen, um die ‘weniger Schlechten’ zu wählen, die auch offen für die Ausländer-Problematik sind.“ (Beniner, 43, zehn J. hier)

„Mindestens an Kommunalwahlen müsste man teilnehmen dürfen.“ (Chilenin, 24, fünf J. hier)

„Ein Ausländer hier hat alle möglichen Pflichten, aber nicht das Recht zu wählen, wer ihm die Pflichten auferlegt. Das ist nicht in Ordnung.“ (Venezuelaner, 31, elf J. hier)

„Ich bin für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit. Deshalb würde ich die Partei wählen, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht.“ (Bulgare, 48, elf J. hier)

„Mitbestimmung bedeutet aktive Integration.“ (Algerier, 47, acht J. hier)

„Auch wenn ich Schwierigkeiten habe, für wen ich mich entscheiden soll (bezogen auf die Fähigkeiten der Politiker), halte ich wählen für wichtig.“ (Türkin mit deutschem Pass, 39, 28 J. hier)

„Ja, damit die Rechtsradikalen nicht am Boden gewinnen.“ (Türkin, 18, in Berlin geboren)

„Dummerweise ist wählen die einzige Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen. Allerdings ist diese Möglichkeit nicht besonders befriedigend.“ (Kroate, 28, hier geboren, deutscher Pass)

Ein 24-jähriger Russe, seit sechs Jahren in Berlin, nimmt es mit Humor:

„Es wäre nicht schlecht, wenn ich mit entscheiden könnte, welchen Bundeskanzler wir gerade haben: einen dicken oder einen nicht so dicken.“(si)

Antidiskriminierungsgesetz

„Es könnte langsam die Mentalität verändern.“

Würde ein Antidiskriminierungsgesetz die Integration erleichtern ?

	Personen	Prozent	Frauen	Männer
ja	142	69,6	68	74
nein	50	24,5	29	21
Zweifel	12	5,9	8	4
Gesamt	204	100	105	99

Etwa ein Viertel der Befragten, die „Ja“ gesagt haben, führen zur Begründung einige von ihnen als „typisch deutsch“ empfundene Eigenheiten an:

Die Deutschen brauchen immer Gesetze, um was zu tun.

Sie hätten vielleicht Angst vor Bestrafung.

Man beugt sich einem bestimmten Druck.

Ein seit zehn Jahren in Berlin lebender 38-jähriger Chinese spitzt es noch zu, wenn er sagt, dass *„die Deutschen nicht denken wollen. Die machen nur das, was die Gesetzgebung ihnen vorschreibt“*. Und eine Kroatianerin (36), seit sieben Jahren in Berlin, findet ein Antidiskriminierungsgesetz *„sehr wichtig“*, weil es *„ein Charakteristikum der Deutschen ist, Gesetzen zu folgen“*.

„Menschen, die Ausländer diskriminieren, könnten in Erwartung von Bestrafung nicht so ungehindert ihre Sprüche klopfen und Aggression zeigen“, meint eine 35-jährige Türkin, die mit sieben Jahren nach Berlin kam. Eine 44-jährige Mexikanerin, die seit zehn Jahren hier lebt, glaubt: *„Die Menschen wären vorsichtiger, wenn sie etwas gegen Ausländer oder Behinderte haben.“*

„Es ist für die Deutschen wichtig, weil manche Leute sich vor Ärger fürchten oder Druck brauchen, damit sie bestimmte Sachen nicht machen“, findet ein 39-Jähriger, der vor 29 Jahren aus dem Libanon nach Berlin kam.

Eine hier geborene Berlinererin türkischer Abstammung ist hoffnungsvoll, dass *„sich die Deutschen dann nicht mehr trauen, Ausländer zu diskriminieren“*.

Ein weiteres Viertel der „Ja“- Antworten bezieht sich auf die erwartete rechtliche Besserstellung:

Ausländer können sich auf etwas berufen.

Man kann sich besser wehren.

Man kann seine Rechte einklagen.

„Man kann sich darauf berufen. Damit sind jedoch nicht alle Probleme gelöst“, gibt ein 49-jähriger Franzose zu bedenken, der seit 18 Jahren in Deutschland lebt.

Ein eingebürgerter Berliner türkischer Abstammung (38), seit 28 Jahren in Berlin, meint: „*Dann würden wir die Möglichkeit haben, uns besser öffentlich zu wehren.*“

„*Die von Diskriminierung Betroffenen hätten endlich die Möglichkeit zu klagen*“, stellt eine 35-jährige Brasilianerin fest, die seit neun Jahren hier lebt.

„*Dass man rechtlich gegen eine Diskriminierung angehen kann, dass Diskriminierung nicht selbstverständlich ist*“, ist nach Auffassung einer 30-jährigen Türkin, die als Fünfjährige nach Berlin kam, besonders wichtig.

„*Es gibt zu viele Diskriminierungen, die man nicht beweisen kann, aber mit so einem Gesetz könnte man anfangen zu versuchen, die versteckte Diskriminierung aufzudecken*“, so ein 34-jähriger Türke mit deutschem Pass, der als Achtjähriger nach Berlin kam.

„*Wenn mich jemand beleidigen würde, könnte ich zur Polizei gehen. Heute nützt es nichts zur Polizei zu gehen, weil sie dann sagen, >man kann nichts machen<*“, ist die Erfahrung eines 37-jährigen Mosambikaners, der seit sechs Jahren in Berlin lebt.

Den Schutzgedanken unterstreichen 22 Prozent derer, die ein Antidiskriminierungsgesetz wollen:

Ausländer würden sich geschützt fühlen.

Besonders die Schwarzen würden davon profitieren.

„*Es wäre gut für die Ausländer, weil sie sich geschützt fühlen würden und für die Deutschen selbst, weil sie ihr Bewusstsein erweitern würden*“, so die Auffassung eines 31-jährigen Portugiesen, der seit zehn Jahren hier lebt.

Ein junger Mann aus den USA (28) und seit neun Jahren in Deutschland sieht es so: „*Besonders die Schwarzen würden davon profitieren. Alle Ausländer müssen sich hier sicher fühlen.*“

„*Ich spüre nicht viel Rassismus, aber andere Menschen mit einer anderen Hautfarbe ja, und für diese wäre es besser, wenn es ein Antirassismusgesetz gäbe*“, sagt ein 54-jähriger Russe mit deutschem Pass, der seit 27 Jahren in Deutschland lebt.

„*Es schützt Ausländer vor Rassismus und Diskriminierung*“, glaubt ein 41-jähriger Mann aus Pakistan, der 19 Jahre hier lebt.

„*Schutz gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei den Behörden*“, erwartet ein 48-jähriger Inder, der seit 25 Jahren in Deutschland lebt.

Ähnliche konkrete Erwartungen spiegeln auch zwei weitere Aussagen:

„*Bei der Wohnungssuche würde es sehr viel helfen.*“ (30-jähriger Türke mit deutschem Pass, seit 19 Jahren in Berlin.

„*Wir Ausländer werden dann nicht als Menschen zweiter oder dritter Klasse betrachtet. Wir könnten dann leichter arbeiten.*“ (38-jähriger Bosnier, seit sechs Jahren in Berlin)

Gut 20 Prozent der Befürworter hoffen auf allmähliche

Veränderungen in den Köpfen.

„Damit sich etwas in den Köpfen ändert, muss man hier mit Gesetzen anfangen“, sagt ein 43-jähriger Mann aus Benin, der zehn Jahre in Deutschland lebt.

Ein hier geborener und eingebürgerter 37-jähriger ungarischer Abstammung ist sich sicher:

„Dadurch würde sich die Denkweise der Deutschen langsam verändern.“

„Es würde das Bewusstsein der Deutschen ändern. Sie müssten dann lernen, die Menschen mit Respekt zu behandeln“, glaubt eine 37-jährige Türkin mit deutschem Pass, die seit 29 Jahren in Berlin lebt.

Schließlich verweisen rund sieben Prozent der „Ja“- Sager darauf:

Es ist ein Anfang, aber keine Lösung.

„Man muss erst mit dem Gesetz anfangen und dann weitergehen“, meint ein 46-jähriger Mann aus Guinea, der seit 17 Jahren in Berlin lebt.

Eine 53-jährige Brasilianerin, seit 23 Jahren in Berlin, bringt es auf den Punkt: „Ein derartiges Gesetz kann der Anfang sein, bis man wirklich versteht, warum man nicht diskriminieren soll.“

50 Befragte haben sich für ein klares „Nein“ entschieden und nicht für die Möglichkeit, lediglich Zweifel anzumelden, obgleich die verbalen Aussagen von etwa einem Drittel der „Nein“- Sager denen der Zweifler sehr ähnlich sind wie zum Beispiel:

„Ich bin skeptisch“(58-jähriger Ukrainer, seit neun Jahren in Berlin) / antwortete mit „Nein“

„Dieses Gesetz müsste es geben, aber ich weiß nicht, ob es wirklich helfen würde“(35-jähriger Spanier, seit elf Jahren in Berlin) / hat Zweifel

Mehr als die Hälfte derer, die mit „Nein“ geantwortet haben, weisen auf die Notwendigkeit von Veränderungen in Köpfen hin, die meisten glauben aber nicht an solche Veränderungen.

Die Menschen müssten dazu im Kopf bereit sein.

Es geht um eine Mentalitätsänderung und um Erziehung.

Kein Gesetz kann die Gedanken in den Köpfen der Menschen ändern.

„Es muss in den Köpfen anfangen“, sagt eine 37-Jährige mit deutschem Pass, die vor 18 Jahren aus der Sowjetunion (Russland) nach Deutschland gekommen ist.

Eine eingebürgerte Chinesin (63) und seit 37 Jahren in Deutschland sieht es ähnlich: „Es sitzt in den Köpfen der Leute, Gesetze helfen nicht.“

Für einen 48-jährigen Mann aus Togo, der seit 27 Jahren hier lebt und inzwischen einen deutschen Pass hat, ist es „eine Sache der Erziehung und des Bewusstseins, nicht der Gesetze“.

„Die Mentalität muss sich verändern, schon in der Schule muss man es lernen. Die Strafe ist zu mild, wenn zum Beispiel jemand eine Person aus dem Zug wirft“, findet eine 54-Jährige, die vor 18 Jahren aus Uganda nach Deutschland kam und eingebürgert ist.

Das Gesetz bringt nichts, *„weil die Deutschen von der Geschichte her denken, dass sie besser sind. Weil sie rassistisch sind. Weil sie angeblich „arisches Blut“ haben. Das ist typisch deutsch. In Frankreich, Spanien, Italien usw. sind die Menschen nicht so.“* Eine ähnlich harsche Auffassung wie die 33-jährige Türkin mit deutschem Pass (20 Jahre in Berlin) vertritt auch ein 34-jähriger Brite, der 16 Jahre hier lebt und meint: *„Im Grunde genommen sind die Deutschen rassistisch. Neue Regeln würden diese Tatsache nicht ändern.“*

Rassismus und die Sprache der Politiker spielen in mehreren Meinungsäußerungen eine Rolle.

„Die Ursachen und die Probleme des Rassismus liegen viel tiefer. Es ist eine Erziehungssache“, sagt ein 39-jähriger Lette mit deutschem Pass und seit 18 Jahren in Deutschland. Ein eingebürgerter 43-jähriger Ägypter, der vor 37 Jahren nach Deutschland kam, fordert: *„Die Politiker sollten eine andere Sprache wählen und nicht sagen, wir haben hier Fremdkörper. Das setzt eine Veränderung des Bewusstseins voraus.“*

Acht Prozent der „Nein“- Antworten sind besonders pessimistisch:

„Es hat in meinem Heimatland (USA) nicht viel gebracht, es schafft noch mehr Vorurteile“, ist die streitbare Meinung einer 32-Jährigen, die mit zwei Jahren nach Deutschland kam.

Ein 35-jähriger Inder, seit sieben Jahren in Berlin, glaubt sogar: *„Es würde nur noch schlimmer werden, da die Menschen sich dann verpflichtet fühlen würden.“*

„Die Menschen werden nur so tun, als wären sie keine Rassisten mehr. Aber in den Köpfen werden sie leider weiterhin ausländerfeindlich bleiben“, vermutet eine 30-jährige Kasachin, die seit fünf Jahren in Berlin lebt.

Inzwischen hat das Bundesjustizministerium am 3. Dezember 2001 den lange erwarteten Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz vorgestellt, um genau zu sein, für das „Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht“. Es soll die in Brüssel beschlossene EU-Richtlinie für Deutschland umsetzen und noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten.

Ungeachtet dieser zu begrüßenden Entwicklung teilen wir die Meinung einer 49-jährigen Aussiedlerin aus Russland: *„Kein Gesetz kann wirklich helfen. **Die Veränderungen müssen aus dem Inneren der Menschen kommen.**“*(si)

Begründungen für das „Nein“:

- *Das Gefühl, ein Mensch zweiter oder dritter Klasse zu sein*
- *Die Behandlung durch Behörden*
- *Sich nicht als Mensch akzeptiert fühlen*
- *Nicht wählen dürfen*
- *Alles dreht sich nur ums Geld, der Mensch zählt nichts*
- *Die Überheblichkeit der Deutschen*
- *Viele Menschen lassen dich spüren, dass sie Ausländer nicht leiden können*
- *Die kühle Atmosphäre in Deutschland*

An dieser Stelle bietet es sich an, die bereits in der Einleitung getroffene Feststellung zu unterstreichen:

Wenn Menschen, die formal alle Kriterien für Integration erfüllen, die gut Deutsch sprechen, offen und kontaktfreudig sind, wenn diese Menschen dennoch sagen, dass sie sich nicht oder nicht richtig integriert fühlen, liegt die Vermutung nahe, dass das gesellschaftliche Klima im Land das Gefühl erzeugt, nicht wirklich gewollt, nicht akzeptiert, nicht angenommen zu sein.

Politik und Gesellschaft müssen sich dessen endlich bewusst werden und entsprechende Schlüsse ziehen. Zu viele Untersuchungen mit erschreckenden Ergebnissen in Bezug auf Meinungen und Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung zu „Ausländerproblemen“ sind letztlich ohne Wirkung in Richtung von Veränderungen geblieben. Es reicht nicht aus, in Abständen immer wieder zu verkünden: „Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land.“ Wenn Zusammenleben wirklich funktionieren soll, brauchen wir weniger plakative Sprüche, sondern mehr deutliche Worte und Taten, die zeigen, dass wir die Menschen und ihre Integration wollen.(si)

IV. Anhang

Anlage 1 / Herkunftsländer bzw. ethnischer Hintergrund

Befragte Personen (F = Frauen, M = Männer)

1. Türkei	31 [17F / 14M]
2. Russland	14 [9F / 5M]
3. Italien	8 [3F / 5M]
4. Brasilien	8 [6F / 2M]
5. Indien	7 [3F / 4M]
6. Bulgarien	7 [5F / 2M]
7. Frankreich	6 [3F / 3M]
8. Kroatien	6 [3F / 3M]
9. Vietnam	5 [3F / 2M]
10. Uganda	5 [2F / 3M]
11. Finnland	5 [4F / 1M]
12. Polen	4 [4F]
13. Peru	4 [3F / 1M]
14. USA	4 [2F / 2M]
15. Griechenland	4 [2F / 2M]
16. Iran	4 [3F / 1M]
17. Spanien	4 [2F / 2M]
18. Ukraine	4 [2F / 2M]
19. Kasachstan	4 [3F / 1M]
20. Chile	3 [2F / 1M]
21. Guinea	3 [2F / 1M]
22. Portugal	3 [1F / 2M]
23. Algerien	3 [1F / 2M]
24. Irak	3 [3M]
25. Benin	2 [2M]
26. Großbritannien	2 [1F / 1M]
27. VR China	2 [1F / 1M]
28. Argentinien	2 [1F / 1M]
29. Venezuela	2 [1F / 1M]
30. Pakistan	2 [1F / 1M]
31. Kuba	2 [2M]
32. Ungarn	2 [2M]
33. BR Jugoslawien	2 [2F]
34. Japan	2 [2F]

ab hier 35 Herkunftsländer mit je einer/einem Befragten

Slowenien	[M]
Afghanistan	[M]
Mosambik	[M]
Dominikanische Republik	[F]
Thailand	[M]
Ägypten	[M]
Burma	[M]
Senegal	[M]
Bolivien	[M]
Syrien	[M]
Ekuador	[M]
Jordanien	[M]
Palästina	[M]
Slowakische Republik	[F]
Kolumbien	[F]
Madagaskar	[M]
Uruguay	[M]
Armenien	[F]
Lettland	[F]
Libanon	[M]
Rumänien	[F]
Togo	[M]
Äthiopien	[M]
Südafrika	[M]
Tunesien	[M]
Kanada	[M]
Botswana	[M]
Taiwan	[F]
Mazedonien	[M]
Georgien	[F]
Moldawien	[M]
Bosnien	[M]
Usbekistan	[F]
Mexiko	[M]
Kosovo	[F]

Anlage 2 / Bedingungen, die Integration behindern

„Man fühlt sich meistens gerade mal geduldet. „

Antworten auf die Frage:
Welche Bedingungen / Voraussetzungen behindern den Prozess der Integration?

Die Zitate werden der Authentizität halber nicht kommentiert:

„Die schlechte Meinung der Deutschen über die Ausländer.“ (Brasilianer, 31, sieben J. hier)

„Vorurteile. Die Deutsche denken, dass die Schwarzen weniger Intelligenz besitzen als die Einheimischen.“ (Mosambikaner, 38, 20 J. hier)

„Rassismus.“ (Peruanerin mit deutschem Pass, 32, vier J. hier)

„Die Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft.“ (Bulgarin mit dtsch. Pass, 49, 24 J. hier)

„Es ist stark fühlbar, dass die deutschen Einheimischen nichts mit Ausländern zu tun haben wollen. Das wird ganz offen gezeigt. Wenn das nicht so wäre, wäre es leichter.“ (Aussiedlerin aus Kasachstan, 52, drei J. hier)

„Ausländer werden z.B. bei den Behörden oft minderwertig behandelt.“ (Finnin, 27, vier J. hier)

„Rassismus. Chancenungleichheit. Isolation.“ (Inderin mit dtsch. Pass, 33, 19 J. hier)

„Es ist nicht leicht für die Ausländer, sich in Deutschland zu integrieren, weil die Deutschen es nicht wollen. Die wollen kein „gemischtes Volk“ sein.“ (Türke mit dtsch. Pass, 34, 26 J. hier)

„Fehlende Migrationspolitik. Gesetzgebung. Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft.“ (US-Amerikaner, 28, neun J. hier)

„Die Ausländergesetze. Die Deutschen benutzen die Gesetze, um es den Ausländern schwer zu machen, um uns zu rügen.“ (Italiener, 31, neun J. hier)

„Die Ausländerpolitik, die Gesetzgebung und die Medien.“ (Iranerin, 48, 14 J. hier)

„Die Abneigung der meisten Deutschen gegenüber Ausländern und keine ausländerfreundlichen Gesetze.“ (Bulgare, 39, 14 J. hier)

„Kein Wahlrecht. Keine Akzeptanz der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern.“ (Uruguayer, 56, 33 J. hier)

„Die Gesetzgebung. Die Atmosphäre in Deutschland ist kühl. Die Menschen wollen keine Integration der Ausländer. Die wollen nichts persönlich mit denen zu tun haben.“ (Russin mit dtsch. Pass, 55, 24 J. hier)

„Die Gesetzgebung und die Denkweise der Deutschen. Die haben immer noch nicht kapiert, dass die Ausländer eine wirkliche Bereicherung für das Land sind. Weil viele Ausländer arm sind, denken sie, die taugen nichts. Die wahre Bereicherung verstehen die nicht, und das ist schlechter für das Land als für die Ausländer selbst.“ (Portugiesin, 27, sechs J. hier)

„Fehlende Angebote zur Integration. Ich finde es gut, wie das die Niederländer machen (auch Zwang, die Sprache zu lernen). Integrationsunterricht an den Schulen für deutsche und ausländische Kinder wäre wichtig.“ (hier geborene Türkin mit dtsh. Pass, 21)

„Die Mentalität der Menschen in Deutschland. Die Ausländer sind gut, solange sie was bringen.“ (Thailänder, 28, 19 J. hier)

„Die Überheblichkeit der Deutschen. Sie meinen, dass nur sie richtig denken und handeln können. Keine Offenheit für andere Kulturen.“ (hier geborene Türkin mit dtsh. Pass, 31)

„Die deutsche Überheblichkeit. Die glauben wirklich ganz fest daran, ein besonderes Volk zu sein. Die merken nicht, wie lächerlich sie sich machen.“ (Russe, 34, zehn J. hier)

„Verschlossenheit. Kein Interesse zu versuchen, andere Menschen zu verstehen.“ (Russin, 32, neun J. hier)

„Man hat keine Möglichkeit zu zeigen, wer man ist und was man kann. Die Deutschen sind zu verschlossen gegenüber Ausländern. Man bleibt Außenseiter.“ (.Mosambikaner, 37, sechs J. hier)

„Die Medien mit vielen kritischen Äußerungen zu Ausländern. Das Denken, dass Deutschland über allen steht.“ (hier geborene Kroatin mit dtsh. Pass, 31)

„Die Medien schaden dem Integrationsprozess und können Verdummung hervorrufen. Die Menschen sind nicht schlecht. Es wird einfach zu viel gegen die Ausländer geredet und geschrieben.“ (Kolumbianerin, 27, 19 J. hier)

„Die Ausländer werden meist verkehrt dargestellt. Man muss mehr die guten Seiten zeigen: die Kunst und die Musik. Die Medien und die Politiker, alle müssten mehr dazu beitragen.“ (Ugander, 41, 12 J. hier)

„Keine Sprachkenntnisse, keine Arbeit, keine gegenseitige Akzeptanz und kein Verständnis für einander.“ (Kroatin, 43, acht J. hier)

„Sich in Ghettos isolieren zu lassen. Man muss Kontakte zu den Deutschen selbst suchen und nicht warten, dass die Deutschen auf einen zukommen, denn das machen sie nicht.“ (Brasilianerin, 39, vier J. hier)

„Keine eigene Wohnung, keine Arbeit, keine Freunde haben. Die deutsche Sprache nicht beherrschen.“ (Spanierin, 28, sieben J. hier)

„Das Elternhaus - und wenn man sich den Ehepartner aus dem Heimatland holt.“ (Türkin mit dtsh. Pass, 34, 24 J. hier)

„Die Unkenntnis der Kultur, in der man lebt.“ (Chinesin, 42, 24 J. hier)

„In Deutschland bin ich nichts mehr. Mein Studienabschluss wird nicht anerkannt, der Arbeitsmarkt gibt mir keine Möglichkeit, mich zu integrieren.“ (Peruanerin, 54, 19 J. hier)

„Eigene Passivität. Ghetto - Denken. Eine feindliche Atmosphäre, die durch Politikersprüche entsteht.“ (Algerier, 49, 25 J. hier)

„Mangelnde Sprachkenntnisse. Gesellschaftliche Ablehnung gegenüber Ausländern. Die Medien, die das unterstützen. Die Gesetzgebung.“ (Portugiesin, 31, zehn J. hier)

„Behördendickicht. Vorurteile der Deutschen, die immer neu gefördert werden (durch Medien, Politiker). Die öffentliche Meinung, die Ausländer problematisiert.“ (hier geborene Türkin mit dtsh. Pass, 23)

Anlage 3 / Bedingungen, die Integration befördern

„Offen sein für alles und dies von beiden Seiten“

Antworten auf die Frage:

Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Voraussetzungen bzw. Bedingungen dafür, sich gut integrieren zu können?

Die Zitate werden der Authentizität halber nicht kommentiert:

„Die Beherrschung der deutschen Sprache ist das Entscheidende, um sich hier gut zu integrieren.“ (Brasilianerin, 53, 23 J. hier)

„Die deutsche Sprache beherrschen. Offenheit von beiden Seiten aus und Verständnis für andere Kulturen.“ (Türkin mit deutschem Pass, 32, 19 J. hier)

„Die deutsche Sprache beherrschen, Offenheit und Interesse füreinander.“ (Japanerin, 48, 21J. hier)

„Die deutsche Sprache ist der Schlüssel. Der eigene Wille zur Integration, die Offenheit für Kontakte mit den Deutschen.“ (Algerier, 49, 25 Jahre hier)

„Gute deutsche Sprachkenntnisse, Selbstbewusstsein, Vermeidung einer „Ghetto“- Bildung, Offenheit und Idealismus.“ (Brite, 29, 26 J. hier)

„Deutsche Sprachkenntnisse sind unbedingt erforderlich sowie das Gefühl, dass man in dieser Gesellschaft dazugehört.“ (Brasilianerin, 35, zehn Jahre hier)

„Wenn man in dieses Land kommt, sollte versucht werden, die positiven Seiten zu sehen, die Sprache zu erlernen und sich nicht zu isolieren. Es gibt hier sehr viel Gutes zu erlernen. Man sollte versuchen, die Mentalität der Deutschen zu verstehen, aber es darf ihnen nicht erlaubt sein, uns ohne Respekt zu behandeln.“ (Brasilianerin, 39, vier Jahre hier)

„Aufklärung der Menschen, warum ‘die Fremden’ nach Deutschland gekommen sind. Die Politiker müssen aufhören, Ausländer für deutsche Probleme verantwortlich zu machen. „Die Fremden“ müssen sich ein bisschen anpassen, das ist eigentlich ganz natürlich, wie man auch in der Familie Rücksicht nehmen sollte.“ (Libanese, 39, 29 J. hier)

„Die deutsche Sprache beherrschen, einen anerkannten Beruf besitzen und die gegenseitige Kommunikation pflegen.“ (Franzose, 49, 18 J. hier)

„Persönlich: Man muss sich bewusst sein, dass man als ‘Fremder’ immer auf einer Prüfstand-Situation ist. Nötig ist die eigene Bereitschaft, über das Land so viel wie möglich zu erfahren, zu lernen und zu verstehen. Das hilft bei der Orientierung. Gesellschaftlich: Tatsächliche Gleichbehandlung, d.h. Normalität, bei der es weder Benachteiligung, noch Bevorzugung gibt.“ (Bulgarin mit deutschem Pass, 49, 24 J. hier)

„Man muss die deutsche Sprache beherrschen. Respekt gegenüber dem Gastland und den Menschen haben. Man kann nicht erwarten, dass man sofort akzeptiert wird, aber sich auch nicht unterwerfen lassen. Nicht jedem unbedingt gefallen zu wollen. Man bekommt Hilfe, wenn man selber den ersten Schritt macht und keine Opferrolle spielt.“ (Uganderin mit deutschem Pass, 34, 16 J. hier)

„Gerechte Gesetze für die Ausländer, eine bewusste Aufklärung in der deutschen Bevölkerung, mehr Möglichkeiten für die Ausländer.“ (Iranerin, 35, 16 J. hier)

„Man muss selbst aktiv sein und Glück haben, tolle Menschen kennen zu lernen.“ (Finnin, 24, fünf J. hier)

„Freunde haben, die dir weiter helfen, um Anschluss in diesem Lande zu bekommen. Das ist der Anfang zu allem.“ (hier geborener Jugoslawe, 24)

„Sprache. Man muss versuchen, die Menschen zu verstehen und auch die deutsche Kultur und die Gewohnheiten. Die Deutschen sind im Grunde sehr gute Menschen. Man muß sie aber kennen lernen, und das wird von deren Seite nicht leicht gemacht.“ (Togoer mit deutschem Pass, 48, 27 J. hier)

„Eine eigene Wohnung zu besitzen, eine Arbeit zu haben, Freunde zu haben und die deutsche Sprache zu beherrschen.“ (Spanierin, 28, sieben Jahre hier)

„Die Verfassung und die Gesetze der Deutschen akzeptieren, gute Nachbarschaft pflegen und gegenseitigen Respekt haben.“ (Inder, 47, 24 J. hier)

„Eine Arbeit und eine Wohnung zu haben. Ganz ‘normal’ hier leben zu dürfen.“ (Slowene, 54, 30 J. hier)

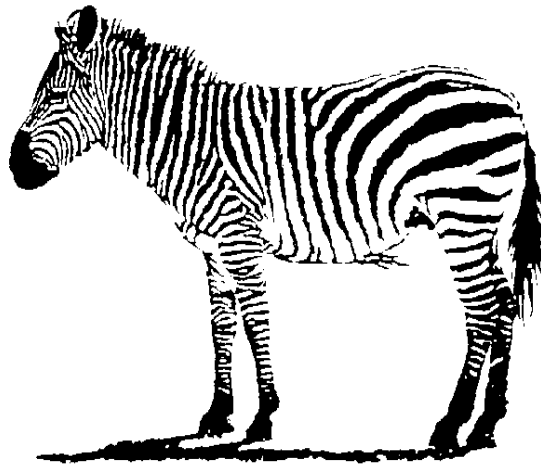
„Gesetze schaffen, die dem Ausländer den Integrationsprozess erleichtern. Die Aneignung der deutschen Sprache. Beiderseitige Bereitschaft zur Integration. Die Überwindung der deutschen Besserwisserei und der Arroganz.“ (Kroatin, 36, sieben J. hier)

„Rechtliche Gleichstellung (Antidiskriminierungsgesetz, Wahlrecht usw.) sowie soziale Bedingungen wie interkulturelle Pädagogik.“ (hier geborene Türkin, 29)

„Gleiche Rechte. Antidiskriminierungsgesetz und gegenseitiger Respekt.“ (Türke mit deutschem Pass, 38, 33 J. hier)

„Gesetzliche Voraussetzungen. Arbeitserlaubnis, unbegrenzt und befristet. Eine richtige Familie. Freunde, Kontakte, Frieden, Wohlstand.“ (Bulgarin, 32, zehn J. hier)

„Die Kenntnis der deutschen Sprache. Das Klima, das die deutsche Mehrheitsgesellschaft bestimmt, muss offen sein, freundlich. Mitbestimmungsrecht mindestens bei Kommunalwahlen. Die rechtliche Gleichstellung aller Bewohner.“ (Franzose, 32, neun J. hier)



ARiC

**Herausgeber: Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
ARiC Berlin e.V.
Chausseestr. 29, 10115 Berlin
Tel: +49-30-30 87 99 0 / Fax: +49-30-30 87 99 12
E-mail: aric@aric.de / Internet: www.aric.de**

© ARiC Berlin e.V., 2001